Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 147. Freitag, den 26. Juni 1908. 19. Jahrgang.

500 Millionen Mark neue Steuern.

Himmelangst muß es dem arbeitenden Volke werden, wenn es hört, daß der Reichsschatzsekretär Sydow mit dem Plane umgeht, vom Reichstag im nächsten Herbst 500 Millionen Mark neuer Steuern zu fordern. Ausgerechnet sollen es erst 450 Millionen sein, aber, könnte er es bekommen, so nähme Herr Sydow noch mehr, denn die neuen militaristischen Forderungen für Heer und Marine werden sehr bald ein neues Defizit in die Reichsfinanzen reißen, wenn — erst das jetzige Defizit gedeckt wäre.

Die arbeitenden Klassen müssen sich durch die neuen Steuerpläne beängstigt fühlen, weil sie wissen, daß indirekte Steuern das Loch im Reichssäckel zustopfen sollen, indirekte Steuern, die die Lebenslage der Arbeiter noch mehr verschlechtern, ob sie nun auf die unentbehrlichsten Lebensmittel oder die sogenannten Genußmittel gelegt werden.

Wie man es wagen kann, das arbeitende Volk wieder mit einer so ungeheuerlichen Schröpfung zu bedenken, könnte in Erstaunen setzen, wenn man nicht die unersättliche Gier und die bodenlose Rücksichtslosigkeit der herrschenden Klassen kennte, unter denen besonders die preußische Junkerklasse sich in der Belastung der werktätigen Klassen und in der Schonung der Besitzenden hervortut. Aus agrarischen Kreisen kommt der stärkste Widerspruch gegen direkte Steuern, die die Besitzenden zu höheren Pflichten für das Reich, dessen Vorteile sie hauptsächlich genießen, heranziehen würden. Eine Reichseinkommensteuer, eine Vermögenssteuer und eine vernünftige Gestaltung der Reichserbschaftssteuer wären imstande, die Reichsfinanzen von der Misere des jetzigen Defizits zu befreien. Freilich, wenn dann immer wieder neue Forderungen für den Moloch Militarismus gestellt und begründet werden, muß das Finanzelend von neuem ausbrechen. Jetzt ist der Nachfolger des mit seinen bekannten Steuerprojekten durchgefallenen Schatzsekretärs von Stengel, Herr Sydow, bemüht, das gegenwärtige Defizit zu decken, was dann weiter kommt, kümmert ihn vorläufig nicht. Ist nur erst der beabsichtigte Zug auf die Taschen der Steuerzahler gelungen, dann ist seine nächste Aufgabe erfüllt.

Wie er sie zu erfüllen gedenkt, darüber gelangen sukzessive immer mehr Einzelheiten in die Oeffentlichkeit, obgleich Herr Sydow Schweigen darüber zu bewahren sucht bis zu dem Augenblick, wo er eine Ueberrumpelung für erfolgreich hält.

Das Zentrum hat, obgleich es nach den letzten Reichstagswahlen in die Wüste bürgerlicher Opposition gestoßen worden ist, noch intime Beziehungen zu den höchsten Reichsämtern und ist daher in der Lage, manches besser zu wissen, als es den Regierungsspitzen lieb ist. So wird in der „Kölnischen Volkszeitung“ verraten, welcher Art die neuen Steuerpläne sein werden; ja, das Blatt konnte sogar mitteilen, daß die Unterhändler der Blockparteien bereits wieder zum Reichskanzler gewandert sind, wie voriges Jahr nach Norderney, um ein Uebereinkommen bezüglich der neuen Steuern zu erzielen. Ueber dieses neueste Konventikel weiß das Blatt folgendes zu berichten:

Am gestrigen Donnerstag — 11. Juni — fand in Berlin die erste Besprechung der Blockführer über die Sydowschen Pläne statt. Der Reichskanzler und der Reichsschatzsekretär haben sich verständigt; ehe die Materie weiter beraten wird, soll der Block gehört werden. Es sind u. a. geladen die Abgeordneten Bassermann und Dr. Paasche (denen der Reichskanzler das Bedauern über den Ausfall der Landtagswahlen aussprach), Dr. Wiemer und Dr. Müller-Meiningen, Freiherr von Gamp und Freiherr von Richthofen. Nach dieser Konferenz gehen die Sydowschen Pläne an das preußische Staatsministerium, das noch vor den Ferien Stellung nimmt; der Bundesrat hat sich erst im Herbst mit den Vorlagen zu befassen, und zwar in den ersten Septembertagen. Die Steuergesetze sollen dann dem Reichstage sofort bei der Wiederaufnahme der Arbeiten vorgelegt werden.

Weiter konnte das Blatt über die Steuerpläne mitteilen, Herr Sydow fordere 500 statt 400 Millionen Mark neue Steuern, also netto eine halbe Milliarde jährlich mehr. 450 Millionen wolle aber der Freisinn nur bewilligen, damit er nicht Gefahr läuft, ausgeschaltet zu werden.

Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet über die Absichten der Regierung ferner:

In erster Linie will Herr Sydow aus den Reichsbetrieben mehr herausholen, da diese nach Verabschiedung der Beamtenaufbesserung mit Fehlbeträgen arbeiten. Die Reichspost soll herangezogen werden dreifacherweise: 1. durch Einführung des Gesprächzählers sollen die Einnahmen aus dem Telephon stark in die Höhe gehen; 2. die Gebühren für die Telegramme sollen erhöht werden; nur das Telegramm mit zehn Worten soll 50 Pf. kosten, jedes Wort mehr aber 7 Pf. oder mehr; 3. die Gebühren für die Zeitungen werden um 300 Prozent in die Höhe gesetzt, da die Post an den Zeitungen nur 11 Millionen Mark einnehme und 30—40 Millionen Mark zulege. In den Einzelheiten kann noch eine Aenderung eintreten; aber der Grundgedanke steht fest, selbst wenn ein amtliches Dementi erfolgen sollte.

Die Herabsetzung der Zuckersteuer mit einem Ausfall von 35 bis 40 Millionen ist auch im Programm enthalten; diesen Ausfall soll das Bier aufbringen. Die süddeutschen Staaten wehren sich zwar gegen eine solche Erhöhung der Biersteuer, da ihnen diese die eigene Biersteuer ruiniert. Dann kommen Tabak und Branntwein ganz gewaltig an die Reihe; die Liebesgabe soll allmählich beseitigt werden; den Monopolgedanken hat man fallen gelassen. Dagegen kehrt die Quittungssteuer in veränderter Form wieder. Die Reform der Fahrkartensteuer bringt eine Ermäßigung für die erste und zweite Klasse und eine Heranziehung der vierten Klasse. Neu ist die Börsenumsatzsteuer, der Clou der Reform, die auf Wunsch von konservativer Seite Aufnahme fand; sie soll ganz ungeheure Summen abwerfen und mit ½ Prozent pro Mille beginnen. Trotz aller Ablehnungen halten wir dieses fest. Gewiß können bis zur Publikation der Entwürfe noch Aenderungen eintreten: aber wir sprechen auch nur vom jetzigen Stand des Reformprogramms.

Diese Mitteilungen ergänzt der „Hamburgische Korrespondent“, daß außerdem noch eine Elektrizitätsabgabe beabsichtigt ist. Sie soll zwar außerordentlich niedrig bemessen werden, dürfte aber bei dem wachsenden Bedarf an Elektrizität voraussichtlich einen ansehnlichen Ertrag liefern. Der Staatssekretär erwartet von der Gesamtheit seiner Steuervorschläge die Summe von 450 Millionen. Neben dem Spiritusmonopol und der Elektrizitätsabgabe will er eine Zigarrenbanderolesteuer einführen und die Reichserbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten ausdehnen. Der Ertrag dieser Steuer wird auf 100 Millionen geschätzt, während man sich vom Spiritusmonopol etwa 150 Millionen und von der Zigarrensteuer 60 Millionen verspricht.

Das wird einen wahren Rattenkönig neuer Steuern geben.

Eine kaiserliche Finanzrede.

Zur Reichsfinanzreform hat sich jetzt übrigens auch Wilhelm II. geäußert. Bei einem Diner auf der „Ozeana“, auf dem er Hamburg und den Sport verherrlichte, ließ er folgende Sätze in seiner Rede einschließen:

Ich kann mir wohl denken, daß in der Mitte der Sportsleute, die heute hier auf dem Wasser sich getummelt haben, so manches weise Haupt sitzt, dessen Denken und Arbeiten nicht nur für ihn, sein Haus und seine Reederei, sondern auch für das Deutsche Reich, das deutsche Volk von Nutzen ist, und in dem Gedanken Raum finden mögen über die Zukunft unseres Vaterlandes, soweit sie seine so wichtige finanzielle Ordnung betrifft. Nun, meine Herren, die Basis ist gelegt, die Pläne sind aufgestellt, und das Hamburgische Blut, das in den Adern unseres ausgezeichneten und hochverehrten Kanzlers fließt, wird Ihnen garantieren, daß der Ausbau für die Reichsfinanz-Reform rationell, gesund und für das Reich zweckdienlich sein wird. Der Mann, der ihm zur Seite steht, verdient Ihr volles Vertrauen und das des Vaterlandes. Was geplant ist, muß noch Geheimnis bleiben und darf nicht gesagt werden. Vielleicht kann, wenn ich den Schleier etwas lüften soll, für diejenigen, die nicht verheiratet sind, eine Junggesellen-Steuer zum Vorschein kommen, bestimmt ist es aber noch nicht. (Große Heiterkeit.)

Wilhelm II. schloß seine Rede mit der Versicherung: „Die Hamburger und ich, wir verstehen uns“! Die Hamburger Arbeiter wird Wilhelm II. dabei nicht gemeint haben, denn diese wählen drei Republikaner: Bebel, Dietz und Metzger in den Reichstag.

Der kaiserliche Redner spricht in seiner sportfreudigen Stimmung von der drohenden Wolke auf dem Himmel der inneren deutschen Politik, als ob sie lachender Sonnenschein wäre; er fordert uns auf, die bevorstehende Reichsfinanzreform für „rationell, gesund und zweckdienlich“ zu halten, ohne daß wir sie überhaupt kennen. Das Hamburgische Blut, das in den Adern unseres ausgezeichneten und hochverehrten Kanzlers fließt, bürgt ja für Realität!

Es ist wahrscheinlich, daß dieser Standpunkt des Kaisers von den Blockparteien vorbehaltlos geteilt wird. Die andern Leute in Deutschland werden es sich aber nicht nehmen lassen, die Finanzvorlage, sobald das süße Geheimnis offenbar wird, sehr eindringlich auf ihre Berechtigung und Brauchbarkeit zu prüfen. Indes ist es wohl unrecht, an die wirtschafts- und finanzpolitischen Ausführungen des Kaisers mit der Miene des ernsten Rezensenten heranzutreten, da ja vom Redner selbst eine mehr scherzhafte Wirkung beabsichtigt war, wie der

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heck.

35] (Nachdruck verboten.)

„Nein!“ meinte der Kleinrusse lächelnd, „wenn jemand vierzig Jahre alt ist und so lange mit dem Bären in seinem Innern gekämpft hat, wird man ihn schwerlich noch ändern.“

Und es begann eines von jenen Wortgefechten, bei denen die Beteiligten der Mutter unverständliche Worte gebrauchten.

Das Mittagessen war zu Ende, aber man überschüttete sich noch immer eifrig mit hageldicht prasselnden Phrasen. Bisweilen wurde jedoch ganz einfach gesprochen.

„Wir müssen unseren Weg gehen und dürfen keinen Schritt von ihm abweichen!“ erklärte Pawel kurz entschlossen.

„Und treffen unterwegs Millionen, die uns als Feinde entgegentreten ....“ erwiderte der Kleinrusse.

Die Mutter hörte dem Wortgefecht zu und begriff, daß Pawel die Bauern nicht liebte, der Kleinrusse aber für sie einsprang und auseinandersetzte, man müsse die Bauern eines Besseren belehren. Sie verstand Andrej am besten und er schien ihr im Recht zu sein, aber jedesmal, wenn er Pawel etwas sagte, wartete sie ängstlich auf die Antwort ihres Sohnes, um möglichst schnell zu erfahren, ob der Kleinrusse ihn auch nicht gekränkt hatte. Aber sie schreten sich gegenseitig an, ohne das weiter übel zu nehmen.

Ab und zu fragte die Mutter ihren Sohn:

„Ist das wirklich so, Pawluscha?“

Und er antwortete lächelnd:

„Ja.“

„Mein Herr“, rief jetzt der Kleinrusse mit freundlicher Bosheit, „Sie haben schön gegessen, aber schlecht gekaut, da ist Ihnen ein Bissen im Halse stecken geblieben ... Sie sollten sich den Rachen einmal ausputzen ...“

„Mach keinen Unsinn!“ riet ihm Pawel.

„Ich bin ja ernst wie ein Leichenbitter ...“

Die Mutter schüttelte lächelnd den Kopf.

XXIII.

Der Frühling kam näher, der Schnee schmolz und der Schmutz und Ruß aus den Fabrikschornsteinen, der tief im Schnee verborgen lag, kam an die Oberfläche. Jeden Tag floß einem mehr Schmutz in die Augen, und die ganze Vorstadt sah zerlumpt und ungewaschen aus. Tagsüber taute es von den Dächern, und die grauen Hauswände dampften matt und schwitzten, Nachts aber erglänzten überall weißliche Eiszapfen. Immer häufiger erschien die Sonne am Himmel, und kleine Bäche, die in den Sumpf rannen, fingen leise an zu rauschen. Mittags zitterten über der Vorstadt die unruhigen, hoffnungsfrohen Lieder des Frühlings.

Man rüstete sich zur Feier des ersten Mai.

In der Fabrik und in der Vorstadt erschienen Flugblätter, die die Bedeutung des Feiertages erklärten, und selbst die von der Propaganda unberührte Jugend meinte bei der Lektüre:

„Das müssen wir machen!“

Wjessowtschikow rief mit verdrießlichem Lachen:

„Ist Zeit! Haben genug Versteck gespielt!“

Fedor Mastn war hoch vergnügt. Er war stark abgemagert und glich mit seinen unruhigen Bewegungen und Reden einer Lerche im Käfig. Ihn begleitete stets der schweigsame und über sein Alter ernste Jakob Ssomow, der jetzt in der Stadt arbeitete. Samoilow, der im Gefängnis noch rötlicher geworden war, Wassili Gussew, Bukin, Dragunow und noch einige erklärten es für notwendig, bewaffnet zu gehen; Pawel, der Kleinrusse, Ssomow und noch andere stritten dagegen.

Von Zeit zu Zeit erschien Jegor, stets müde, schwitzend und keuchend, und scherzte:

„Es ist etwas Großes um die Veränderung der bestehenden Ordnung, Genossen. Damit dieses Werk aber glücklich von statten geht, muß ich mir ein Paar neue Stiefel kaufen.“ Gleichzeitig deutete er auf seine schmutzigen und zerrissenen Stiefel. „Meine Galoschen sind ebenfalls unheilbar zerrissen, und nun hole ich mir jeden Tag nasse Füße. Ich will nicht eher in die Grube fahren, als bis wir uns ganz und vor allen Leuten von der alten Welt losgesagt haben, und deswegen verwerfe ich den Vorschlag des Genossen Samoilow bezüglich eines bewaffneten Umzuges und schlage vor, mich mit heilen Stiefeln zu bewaffnen, denn ich bin fest davon überzeugt, daß das dem Sozialismus weit mehr nützt, als eine allgemeine Keilerei! ...“

In derselben manirierten Redeweise erzählte er den Arbeitern, wie das Volk in den verschiedenen Ländern versucht hätte, sein Leben leichter zu gestalten. Die Mutter hörte ihn gern an, und sie gewann aus seinen Reden einen sonderbaren Eindruck. Die allerschlimmsten Feinde des Volkes, die es am niederträchtigsten und häufigsten betrogen, waren kleine, gewissenlose, gierige, schlaue und grausame Männchen mit dicken Bäuchen und roten Gesichtern. Wenn ihnen das Leben unter der Herrschaft der Könige schwer wurde, hetzten sie die Volksmassen gegen die Königsmacht, wenn aber das Volk sich erhob und den Königen die Macht entwand, rissen diese Leute durch Betrug die Macht an sich und jagten das Volk in seine elenden Hütten; wenn es aber mit ihnen selbst kämpfte, brachten sie die Menschen zu Hunderten und Tausenden ums Leben.

Eines Tages faßte sie sich ein Herz und beschrieb ihm dieses Bild, das er durch seine Reden hervorgerufen hatte, und fragte lächelnd:

„Ist das wirklich so, Jegor Iwanowitsch?“

Er lachte laut auf, rollte die Augen, atmete schwer und rieb die Brust mit beiden Händen.

„Es ist wahrhaftig so Gevatterin! Ihr habt den Sitz der Geschichte bei den Hörnern gepackt.... Auf diesem eitlen Grunde sind noch einige Schnörkel und Ornamente, aber die ändern das Wesen der Sache nicht! Tatsächlich sind solche Dickbäuche die Hauptverführer und giftigsten Insekten, die das Volk auffressen. Die Franzosen nennen sie bezeichnend Bourgeois. Behaltet das im Kopf, liebe Gevatterin: Bourgeois fressen uns auf und saugen uns aus.“

„Das heißt die Reichen?“ sagte die Mutter.

„Stimmt! Darin liegt ihr Unglück. Wenn man einem Kinde etwas Kupfer in das Essen tut, so wird das Wachstum der Knochen aufgehalten und es wird ein Zwerg; und wenn man jemanden von klein auf mit Gold vergiftet, wird seine Seele winzig, schlaff und grau, gerade wie ein Gummiball zu fünf Kopeken ...“

Eines Tages sagte Pawel über Jegor:

„Weißt Du, Andrej, am meisten scherzen doch die Leute, denen beständig das Herz wehtut.“

Der Kleinrusse schwieg, blinzelte mit den Augen und bemerkte:

„Das ist nicht richtig! Hätest Du recht, so würde ganz Rußland sich totlachen ....“

Auch Natascha erschien. Sie hatte ebenfalls im Gefängnis gesessen in irgendeiner anderen Stadt, aber das hatte sie nicht verändert. Die Mutter bemerkte, daß der Kleinrusse in ihrer Gegenwart lustiger wurde, mit Scherzen um sich warf, alle mit seiner freundlichen Bosheit neckte und fröhliches Lachen bei ihr erregte. Wenn Natascha aber ging, begann er seine traurigen, endlosen Lieder zu pfeifen und schritt lange, verdrießlich mit den Füßen scharrend, im Zimmer auf und ab.

Oft kam auch Sascha, stets finster, stets geschäftig und noch eckiger und schärfer als früher.

Als Pawel sie einst in den Flur hinaus begleitete und die Tür hinter sich nicht geschlossen hatte, hörte die Mutter folgende schnelle Unterhaltung:

„Sie tragen also die Fahne?“ fragte das Mädchen.

„Ja.“

„Ist das bestimmt?“

„Ja. Es ist mein Recht.“

„Wollen Sie wieder ins Gefängnis?“

Pawel schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

offiziös vermerkte Erfolg (Große Heiterkeit) deutlich genug beweist. Seine Ratgeber hätten ihm aber sagen sollen, daß das Runtergehen des Wirtschaftsbarometers für große Massen von Arbeitern oder — um im Stile zu bleiben — von „deutschen Männern" Arbeitslosigkeit und Unterernährung bedeutet und daß darum alle Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik höchst sorgfältig auf die Wirkung untersucht werden müssen, die sie auf die Lebenshaltung der Massen auszuüben geeignet sind.

Nach diesem heitern Teil seiner Rede kam Wilhelm II. aber auch auf Fragen zu sprechen, die wohl oder übel garnicht anders als ernst behandelt werden dürfen, nämlich auf Fragen der auswärtigen Politik. Der Kaiser bezeichnete sich in Bezug auf seine Haltung in weltpolitischen Fragen selber als „einen Mann, der entschlossen seinen Weg geht", einen Weg freilich, der vorläufig glücklicherweise über das Döberitzer Heerlager noch nicht hinausgeführt hat. Man hat dem Kaiser wirklich eingeredet, daß die Hamburger von der kriegerischen Ansprache, die er an seine Offiziere gehalten hat, geradezu begeistert wären. Seine Rede klingt an dieser Stelle wie eine Bestätigung und Bekräftigung jener Kriegsrede und wird auch im Auslande entsprechend aufgenommen werden.

Die Rede schließt wieder sehr freudig und zuversichtlich mit Segenswünschen für den Sport, die Stadt Hamburg und den ehrenhaften Frieden. Auch wir wünschen dem Sport und der Stadt Hamburg alles Gute. Was aber den ehrenhaften Frieden betrifft, so steht es nur bei der deutschen Diplomatie, ihn zu bewahren, im Ausland denkt kein Mensch, oder doch wenigstens keine verantwortliche Regierung an einen schändenden Krieg.

Politische Uebersicht.

Wahlprotest gegen Adolf Hoffmann. Als letzten und einzigen Triumph von der Wahl im 12. Berliner Wahlkreis meldet die liberale Presse:

Die Landtagswahl in Moabit wird von den Freisinnigen angefochten werden. Die Anfechtung wird damit begründet, daß bei den Urwahlen grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind und daß eine ganze Reihe von Stich- und Ersatzwahlen gar nicht vorgenommen worden sei. Ein zweiter Grund zum Protest wird darin gefunden, daß bei den gestrigen Stichwahlen eine Anzahl bürgerlicher Wähler gewaltsam verhindert worden sei, ihre Stimme abzugeben. Als dritter Grund wird geltend gemacht, daß eine Anzahl von bürgerlichen Wahlmännern eingeschüchtert wurde, zur Wahl zu gehen.

Mit diesem Protest erfüllen die Freisinnigen eine hohe moralische Pflicht. Denn da in Berlin etwa 200.000 sozialdemokratische Urwählerstimmen abgegeben worden sind gegen 30.000 freisinnige und 10.000 konservative, so hat natürlich die Freis. Volkspartei das Anrecht auf die Berliner Mandate. Denn auch die 200.000 sozialdemokratischen Urwählerstimmen sind nur aus Furcht, Terrorismus und Niederträchtigkeit für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben worden, im Grunde genommen gehören sie alle zum Blockfreisinn. In Kreisen mit agrarischem Terrorismus legt derselbe Freisinn einen Protest nur deshalb nicht ein, weil man den konservativen Blockfreunden die gute Laune nicht verderben will.

Wie schlimm die „Belästigung" und „gewaltsame Behinderung" von Wahlmännern gewesen sein muß, geht aus folgenden Stimmungsbildern der bürgerlichen Presse aus dem Wahllokal hervor. Die „Volksztg." schreibt:

Bei Eröffnung der Wahl ging es im Gegensatz zu dem 16. Juni außerordentlich ruhig zu, so daß ein angekündigtes polizeiliches Eingreifen nicht erforderlich wurde und Schutzmannschaft nicht requiriert worden ist.

Das „Berliner Tageblatt":

Die heutige Stichwahl im 12. Berliner Wahlkreis ist bisher ruhig und ohne störende oder lärmende Zwischenfälle verlaufen. Daß etwas „los" ist in dem Restaurant an der Ecke der Turm- und Stromstraße, kann man nur an den beiden Schutzleuten erkennen, die am Eingang zum Garten postiert sind und etwaige Ansammlungen von Passanten auf der Straße verhindern sollen. Sonst ist's das übliche Bild, wie man es bei jeder Wahl vor dem Wahllokal erblicken kann: überall Zettelverteiler der Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Demnach muß der Freisinn ja ein zwingendes Material zum Wahlprotest vorlegen können. Na — auf eine Blamage mehr kommt es nicht an, meint vielleicht der Doktor Wiemer.

Der letzte Sieger im diesmaligen preußischen Landtagswahlkampf, Genosse Adolf Hoffmann, gehörte übrigens seiner Zeit zu den enragiertesten Gegnern unserer Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Und sein Eifer, die völlige Aussichtslosigkeit dieser Beteiligung mit geradezu mathematischer Genauigkeit zu erweisen, verführte ihn auf dem Hamburger Parteitag 1897 zu folgender wörtlicher Darlegung:

„Jeder Erfolg ist ausgeschlossen. Das Exempel bei der Landtagswahl ist sehr einfach und klar: 3 × 2 = 6 und davon 2 nur null! Sie können also ebensogut beschließen, einen Abgeordneten in den Mond zu schicken, er wird auch nicht hinaufkommen!"

Man kann nicht gründlicher und zugleich angenehmer von einer falschen Auffassung kuriert werden, als das hier unserem Genossen Adolf Hoffmann geschehen ist. Aber vielleicht nimmt doch dieser und jener unserer Genossen in kommenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei an diesem Fall Gelegenheit, nicht gar zu sicher in der Aufstellung von Behauptungen zu sein, für die ein Beweis selbst mit Hilfe der Arithmetik nicht zu führen ist. Sonst wird er vielleicht auch in den „Mond" geschickt.

Die Furcht vor den sozialdemokratischen Landboten. Noch ist der preußische Dreiklassenlandtag nicht versammelt und schon beginnen die Sorgen der Ordnungsbrüder ob der Tatsache, daß zum ersten Mal Sozialdemokraten im Sitzungssaal anwesend sein werden. Die offiziösen Schweinburgschen „Berl. Pol. Nachr." teilen ihren Abonnenten beklommen mit:

„Die mit dem 26. d. M. beginnende außerordentliche Tagung des Landtags trägt einen rein formalen Charakter. Es liegt daher sowohl im Interesse der Vermeidung unnötiger Ausgaben als im Interesse der Mitglieder selbst, die Tagung so kurz als irgend möglich zu gestalten. Dabei kommt in Betracht, daß der 29. d. M. ein katholischer Feiertag ist und demzufolge für die Arbeiten des Abgeordnetenhauses gänzlich ausfällt. Gelingt es daher nicht, diese am 27. zum Schluß zu bringen und insbesondere an diesem Tage die Präsidentenwahl vorzunehmen, so wird sich die Tagung mindestens bis zum 30. d. M., wahrscheinlich aber in den Juli hinein erstrecken. Den Abgeordneten das Opfer zu ersparen, in der Sommerzeit so lange in Berlin zubringen zu müssen, lediglich um einige formale Angelegenheiten zu erledigen, wäre natürlich dringend erwünscht. Die Erfüllung dieses Wunsches ist aber an zwei Voraussetzungen geknüpft. Zunächst müßte das Haus vollzählig, mindestens in sicher beschlußfähiger Anzahl versammelt sein, damit die Präsidentenwahl, auch wenn sie durch Stimmzettel erfolgen müßte, bestimmt vorgenommen werden kann. Wären bei einer Eröffnung die Abgeordneten in nichtbeschlußfähiger Zahl versammelt, so müßte schon aus dem Grunde die Präsidentenwahl bis in die nächste Woche verschoben werden, um die Möglichkeit zu gewähren, die jetzt fehlenden Mitglieder heranzuziehen. Ferner würde die volle Uebereinstimmung aller Mitglieder des Hauses dazu notwendig sein, die Wahlprüfungen und die etwa in Frage kommenden Fristen so abzukürzen, daß die Präsidentenwahl am Sonnabend vorgenommen werden kann. Man fürchtet zwar, daß ein solches Verfahren vielfach auf den Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses stoßen würde. Allein, die Erfahrungen im Reichstag sprechen dagegen. Auch dürfte in Betracht kommen, daß die Sozialdemokraten, wenn sie sich von vornherein mit dem ganzen übrigen Hause in Widerspruch setzen, sich ihre Stellung in diesem Hause selbst erheblich erschweren. Es ist daher möglich, daß auch die Voraussetzung der Einstimmigkeit des Hauses für die Abkürzung der Landtagssession vorhanden sein wird. Es wird sich demzufolge voraussichtlich auch erst bei dem Zusammentritt des Landtags entscheiden lassen, für welchen Tag der Schluß der Session in Aussicht genommen werden kann.

Wenn keine Sozialdemokraten im Hause säßen, würde die Regierung wissen, daß am Tage nach der Eröffnung der Schluß eintreten könnte. Nun aber muß sie ihren Galizier beauftragen, die Sozialdemokraten mit glatten Worten einzufangen. Und dieser betriebsame Nachrichtenverhöker ist noch so einfältig, anzunehmen, er könnte mit süßlichem Gerede auf die sozialdemokratischen Abgeordneten einwirken.

Massenkündigungen bei der Spirituszentrale. Schon im April dieses Jahres stand es fest, daß die Spiritusmonopol-Vorlage von der Regierung wieder eingebracht werden wird. In der sozialdemokratischen Presse wurde zu dieser Zeit konstatiert, daß die Monopolvorlage völlig unverändert geblieben sei und von den Blockparteien in dieser Form als gesichert betrachtet wird, die Blockpresse widersprach nicht. Bis in die letzten Tage hinein war man bestrebt, den Anschein zu erwecken, als ob die Entscheidung über das Spiritusmonopolprojekt noch nicht getroffen sei. Die Spirituszentrale, die Verkaufsorganisation des Spiritusringes, deren Beherrscher die Väter der Monopolvorlage sind, rechnet denn auch bereits mit dem Spiritusmonopol als mit einer Tatsache. Die meisten Angestellten der Spirituszentrale haben jüngst die Kündigung zu den fälligen Terminen erhalten, und zwar wurde mündlich die Massenkündigung als Vorbereitung der Verstaatlichungsaktion bezeichnet. Den unteren und mittleren Angestellten suchte man die Bitternis der Kündigung dadurch zu versüßen, daß man ihnen ihre etwaige Uebernahme durch die Staatsverwaltung in Aussicht stellte. Besser hat die Spirituszentrale für die Zukunft ihrer Direktoren und der wenigen oberen Angestellten gesorgt. Diesen Herren hat man Kontrakte auf die Dauer von 10 Jahren eingeräumt, so daß ihnen bei der Verstaatlichung der Spirituszentrale eine überreiche Entschädigung winkt, falls sie zu den glänzenden Bedingungen, die man ihnen zugestanden hat, etwa nicht von der neuen Monopolverwaltung übernommen werden.

Die Spirituszentrale hat in den letzten Monaten unbeirrt an ihren geschäftlichen Dispositionen festgehalten, die auf die Wiedereinbringung der Monopolvorlagen schließen ließen, längere Abschlüsse wurden grundsätzlich nicht getätigt. Die Aktien der großen Spritfabriken, die im Oktober vorigen Jahres nach der Meldung von der bevorstehenden Monopolisierung enorme Kurssteigerungen erfahren haben, sind in der Zeit, in der man die Oeffentlichkeit glauben machen wollte, daß das Zustandekommen des Monopols ungewiß sei, verhältnismäßig nicht erheblich zurückgegangen. In der letzten Woche begann nach der Ankündigung des „Lokalanzeigers", daß die Spiritusvorlage wieder eingebracht werde, eine erneute Steigerung, das Geschäft in diesen Aktien war aber nicht beträchtlich, die wohlinformierten Spritleute dürften sich den Hauptanteil der Aktien jener Fabriken, deren Verstaatlichung in erster Reihe in Frage kommt, längst gesichert haben.

Die technischen Burschenschaften hielten in der vorigen Woche eine R. D. C.-Tagung in Rüdesheim. Auf derselben wurde wiederum die Stellung der Burschenschaft zur Sozialdemokratie erörtert. Es sollte ein Schlag gegen die Karlsruher „Teutonia" geführt werden, deren Bundeskonvent im vorigen Jahre es ablehnte, dem Auftrag des R. D. C. entsprechend, eines seiner Mitglieder, einen sozialdemokratischen Abgeordneten, aus der Burschenschaft zu entfernen, weil Sozialismus und Burschenschaft sich nicht vertrage. Die in Rüdesheim versammelten Burschenschaften haben es mit sehr großer Mehrheit energisch abgelehnt, die politische Inquisition zu treiben. Zu den Scharfmachern gehörte vor allen die Berliner „Thuringia", die wohl unter dem Einfluß des Reichsverbandes ihr Werk treibt.

Ein liberaler Kompromißkandidat wird für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde gesucht, in dem wegen des dieser Tage erfolgten Ablebens des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Winterfeldt-Menkin eine Ersatzwahl stattfinden muß. Wie die „Volkszeitung" mitteilte, traten am Sonntag in Prenzlau die Vertrauensmänner der Nationalliberalen, der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Sozialliberalen aus mehreren Orten des Wahlkreises zu einer gemeinsamen Beratung über die Kandidatenfrage zusammen, an der auch je ein Parteisekretär der Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung teilnahmen. Die Sozialliberalen, die tags zuvor in einer besonderen Versammlung über ihre Stellungnahme sich geeinigt hatten, suchten mit Entschiedenheit jede rechtsstehende Kandidatur zu verhindern. So blieb denn die Kandidatenfrage noch ungelöst. Es wurde jedoch beschlossen, eine Zersplitterung in der Wahlbewegung zu vermeiden und nach einem geeigneten Kandidaten Umschau zu halten. Ferner wurden für alle vier liberalen Parteigruppen je drei Vertreter gewählt, die die Kandidatenfrage erledigen sollen.

Für die Sozialdemokratie wird der Genosse Otto Wels-Berlin wieder kandidieren. Die Konservativen haben, wie gemeldet, den Sohn des verstorbenen Abgeordneten, den Oberpräsidialrat von Winterfeldt als Kandidaten in Aussicht genommen.

Das Ergebnis der Wahl von 1907 lautete: Konservative 13.266, Freisinnige Vereinigung 3710, Sozialdemokraten 1237, zersplittert 30 Stimmen.

Zentrum ist nicht mehr Trumpf. Die Arnsberger Regierung verbot den Polenvereinen in Dortmund und Herne im Gegensatz zu früheren Jahren eine gemeinschaftliche Wallfahrt nach Werl, einem westfälischen Wallfahrtsorte. — Die Regierung muß beweisen, daß sie in allen Dingen kleinlich sein kann.

Millionenbetrügereien eines Kommerzienrats vor Gericht. Vor der Strafkammer des Altonaer Landgerichts hatte sich der Großherzoglich-Anhaltinische Kommerzienrat Adolf Möller wegen betrügerischen Bankerottvergehens und zahlreicher Betrügereien zu verantworten, die insgesamt die Höhe von 10 Mill. Mark erreichen. Es sind etwa 60 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Die Anklage wirft Kommerzienrat Möller überdies vor, daß er während des Konkurses durch seinen Aufwand übermäßige Summen verbraucht, daß er die Handelsbücher vernichtet oder unordentlich geführt hat, daß er entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches versäumt hat, Bilanzen zu ziehen. Möller, der als grimmer Sozialistenfresser bekannt ist, wurde wegen Konkursvergehens und wiederholten Betruges zu fünf Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust beantragt.

Wieder ein Kasernenbild. Schon seit Jahren hat das das Kriegsgericht der 16. Division (Regierungsbezirk Trier) mit einer außerordentlich hohen Zahl von Desertionen sich zu befassen gehabt, und diese Häufigkeit wurde in den Urteilen vielfach als straferhöhend bezeichnet. Durch eine Verhandlung, die jetzt vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stattfand, erfährt die Oeffentlichkeit die Ursache der häufigen Desertionen. Der Angeklagte, ein Musketier von der 5. Kompagnie des 30. Infanterie-Regiments in Saarlouis, erklärte, er habe flüchten müssen, um sich der andauernden Quälereien und schweren Mißhandlungen zu entziehen. Ein Unteroffizier und zwei Gefreite bestritten unter Eid, daß Mißhandlungen vorgekommen seien. Ein anderer Unteroffizier aber bestätigte eidlich die Angaben des Soldaten. Dieser war besonders Nachts oft schwer malträtiert worden, sodaß er sich schließlich zum Schutz das Seitengewehr mit ins Bett nahm. Am Tage erhielt er Fußtritte, Faustschläge, Kolbenstöße in den Rücken usw.; er mußte am heißen Ofen Uebungen machen; seine Brotration wurde ihm um ein Viertel gekürzt und man drohte ihm, er müsse verrecken oder davonlaufen. Das Kriegsgericht der 16. Division das dem Manne Glauben schenkte, bestrafte ihn nur wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis. Das Oberkriegsgericht aber erklärte, es liege Fahnenflucht vor, und verhängte sechs Monate und Versetzung in die zweite Soldatenklasse. Gegen die Gefreiten und den Unteroffizier schwebt ein Verfahren wegen Meineids. Der verurteilte Soldat erklärte vor dem Oberkriegsgericht, er habe sich zweimal über die Quälereien beschwert; es sei aber nichts darauf erfolgt!

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Döberitzer Kaiserrede ist, wie die „Kieler Neuest. Nachr." berichtigend mitteilen, eine militärische Untersuchung auf Befehl des Kaisers eingeleitet worden. Alle bei der betreffenden Rede zugegen gewesenen Offiziere werden sich ehrenwörtlich zu verantworten haben, ob sie dem Herausgeber einer Korrespondenz, der zuerst den angeblichen Inhalt der Rede veröffentlicht hat, direkt oder indirekt über den Inhalt oder Wortlaut der Rede irgendwelche Mitteilungen gemacht haben. Zu einem Verfahren gegen den Herausgeber der Korrespondenz selbst, von dem ein Berliner Blatt zu melden wußte, fehlt jede Handhabe.

In der Affäre Eulenburg sind von der Anklagebehörde in den letzten Tagen eine Anzahl neuer Zeugen geladen. Neben verschiedenen Kriminalbeamten wird auch Kriminalkommissar von Treskow Gelegenheit zur Aussage erhalten. Der Fürst wird täglich in einem Krankenwagen von der Charitee nach Moabit gebracht werden, so daß die Verhandlungen keinen Aufschub erleiden werden.

Die liberale Fraktion des bayerischen Landtages hat einen Antrag eingereicht, in der Session einen Gesetzentwurf zur Einführung der Verhältniswahl bei den bayerischen Landtagswahlen vorzulegen. Bekanntlich ist die Verhältniswahl bei den Gemeindewahlen in Bayern nunmehr Gesetz geworden.

Ausland.

Das Wiener Proletariat und die Arbeiterversicherung. Am Dienstag Abend fand in der Volkshalle des Rathauses eine sozialdemokratische Massenversammlung zugunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter statt. Vor dem Rathause sammelten sich mehrere tausend Personen an, die zu dem dichtbesetzten Versammlungslokal keinen Zutritt mehr erhalten konnten. In der Versammlung hielten mehrere sozialdemokratische Abgeordnete Reden. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, zu Beginn der nächsten Session einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf dem Hause vorzulegen.

* * *

Studentenkeilereien vor der Kirchentür. Bei dem Stiftungsfeste der klerikalen Grazer Studentenverbindung „Karolina" kam es zu argen Exzessen und zu Tätlichkeiten zwischen den Klerikalen und den freiheitlichen Studenten. Aus Graz wird darüber folgendes berichtet: Die „Karolina" hielt in der Herz-Jesu-Kirche Hochamt ab. Bei der Auffahrt zur Kirche wurden die Karolinen von den freiheitlichen Studenten mit „Pfui"-Rufen empfangen und mit faulen Eiern beworfen. Die zuschauenden Bürgersfrauen und -Mädchen nahmen aber Partei für die Klerikalen und hieben mit ihren Sonnenschirmen auf die freiheitlichen Studenten ein. Die Polizeiwache schritt darauf ein und verhaftete achtzehn freiheitliche Studenten. Einige von ihnen wurden sogar gefesselt. Als die Chargierten der klerikalen „Karolinen" im Wagen zur Kirche kamen, erneuerten sich die Sturmszenen. Die Polizeimannschaften zogen darauf blank und hieben auf die Studenten ein.

* * *

Christliche Sozialisten in Amerika. Vor kurzem tagte in Newyork eine vielbeachtete Zusammenkunft der religiösen Sozialisten, die ein eigenes Organ herausgeben und bereits unter der amerikanischen Delegation auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß einen Vertreter zählten. Die Gruppe, die sich entschieden verwahrt gegen eine Verwechselung mit den berüchtigten „Christlichsozialen", wie sie in Deutschland und Oesterreich als Hilfstruppe der schlimmsten Reaktion auftreten, steht auf dem Boden des internationalen Sozialismus, des Klassenkampfes und der politischen Aktion. Sie besteht zum großen Teil aus Geistlichen, zu denen trotz des Namens der Vereinigung auch ein jüdischer Rabbiner zählt. Dem Kongreß lag ein Brief des Bischofs Spalding von Utah vor, worin er die Hoffnung ausdrückt, daß das Klassenbewußtsein in der gesamten organisierten Arbeiterschaft erwache, um die Unterdrückung des Leibes zu beseitigen, die auch die Knechtung der Seele zur Folge habe. Die amerikanischen christlichen Sozialisten stehen innerhalb der allgemeinen sozialistischen Organisation, deren Taktik, unbeschadet ihrer besonderen religiösen Ueberzeugungen, auch die ihre ist. Diese entschiedene Haltung erklärt sich aus dem besonderen Charakter des amerikanischen Kirchenwesens, das vom Staate völlig frei und durchaus demokratisch organisiert ist. Nicht selten zählen dort Geistliche zu den entschiedensten Vorkämpfern sozialer und ethischer Umgestaltung. Bekanntlich ist auch in England

eine nicht geringe Zahl von Geistlichen der staatlichen „Hochkirche" dem konsequenten Sozialismus ergeben, und in der Schweiz sind einige bekannte Parteigenossen im Kanton Zürich zugleich wohlbestallte reformierte Geistliche. Staatsdiener mit von oben approbierter kapitalistischer Gesinnung und vorgeschriebener Buchstabengläubigkeit sind dort die Geistlichen freilich nicht. Dem Volke der Denker bleibt es als besondere Eigentümlichkeit, die Strammheit der Kaserne auch auf die Kirche ausgedehnt zu haben. Dem entspricht freilich auch die Schätzung unserer Offiziere des Theologenstandes seitens der unabhängig denkenden Arbeiterschaft.

* * *

Der Achtstundentag der Bergarbeiter. Im englischen Unterhause kündigte bei der zweiten Lesung des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag der Bergleute der Staatssekretär des Inneren; Gladstone, an, daß er später Aenderungen vorschlagen werde zum Zwecke der Prüfung der Schwierigkeit, die durch eine plötzliche Kürzung der Arbeitsstunden hervorgerufen werden könne. Die Wirkung dieser Aenderungen werde sein, daß während eines Zeitraumes von fünf Jahren die Durchschnittstagesarbeit acht und eine halbe Stunde betragen würde und gegen das Ende dieses Zeitraumes die Bestimmungen des Gesetzes mit einigen leichten Abänderungen in Kraft treten würden. Gladstone führte alsdann eine Anzahl von Betriebsunfällen als Beweise zugunsten des Gesetzes an und erklärte, die Zahlen zeigten, daß die Arbeit der Bergleute keine gesunde Beschäftigung sei. Die Bergarbeiter litten unter besonderen Krankheiten. Da sei zum Beispiel die Augenkrankheit; dies scheine jedoch kein Gegenstand der Sorge für die Opposition zu sein. (Laute Rufe: Zurücknehmen!) Der Sprecher sagte, er halte dafür, daß solche Bemerkungen nicht in der Ordnung seien. Gladstone nahm die Bemerkungen sofort zurück und gab die Erklärung ab, das, was er habe sagen wollen, sei, daß die Opposition ihre Auffassung bezüglich der Gesundheitsverhältnisse der Bergleute auf die Sterblichkeitsziffer stütze und die erwähnte Krankheit außer acht lasse, die sehr ernst sei.

Alsdann führte Gladstone aus, daß in anderen Ländern auch das Bestreben bestehe, eine Begrenzung der Arbeitsstunden einzuführen, und erwähnte, daß die deutsche Regierung den Grundsatz der Begrenzung der Arbeitszeit angenommen habe, wo die Gesundheit dies erfordere. Redner betonte schließlich, daß das Gesetz keinen Einfluß auf die Kohlenförderung haben werde.

Die Begrenzung der Arbeitszeit durch's Gesetz ist in Deutschland für erwachsene männliche Arbeiter sehr beschränkt. Nimmt England den obigen Gesetzentwurf an, dann hat es Deutschland wieder überholt.

* * *

Warschauer Gefängnisse. Die Warschauer Zeitungen berichten folgende Einzelheiten über die grauenhaften Zustände in den dortigen Gefängnissen: In einer Zelle befinden sich 20—30 Gefangene. Betten sind nicht vorhanden. Der Raum ist so eng, daß die Gefangenen selbst auf dem nackten Fußboden nicht Platz finden und zum Teil sitzend oder stehend schlafen müssen. Die Gefängnisverwaltung verabreicht den Gefangenen weder kaltes noch warmes Essen. Jedem Gefangenen werden 9 Kopeken pro Tag ausgezahlt, für die er sich Proviant verschaffen muß .... Im Mai-hausgefängnis, wo bloß 180 Personen Platz finden, sind gegenwärtig 500 Personen interniert, im „Pavia!" an Stelle von 300 Personen 800; in der Festung befinden sich zirka 1200 Personen. Wie die Untersuchung geführt wird, ist daraus ersichtlich, daß im „Pavia!" Personen interniert sind, die im Verlaufe von acht bis zehn Monaten noch kein einziges Mal verhört wurden!

* * *

Empörung auf den Philippinen. Der New York Herald meldet aus Manila auf den Philippinen: In den letzten zwei Tagen wurde daselbst von einer geheimen Gesellschaft ein flammender Aufruf unter der Bevölkerung verteilt, worin die Eingeborenen aufgefordert werden, die Amerikaner zu ermorden, ihre Häuser in Brand zu setzen und die Ueberlebenden aus dem Lande zu verjagen. Die Amerikaner, heißt es, seien nicht als Befreier ins Land gekommen, sondern als Tyrannen und Räuber. Sie werden in dem Aufruf als Trunkenbolde und schamlose Ausbeuter bezeichnet. Es scheint, daß eine geheime Gesellschaft dieses Dokument hat verbreiten lassen und eine Art sizilianische Vesper gegen die Amerikaner anzustiften suche.

* * *

Der Krieg des Schahs gegen die Untertanen. Aus Teheran kommen haarsträubende Einzelheiten über die Greueltaten, die von den Truppen des Schahs an der Bevölkerung der persischen Hauptstadt verübt wurden. Nach einer Meldung der „Times" wurden das Parlamentsgebäude sowie die angrenzende Moschee vollständig vernichtet. Die Truppen hätten sich schändlich benommen, indem sie die friedliche Bevölkerung ausplünderten und ausraubten. Auch von anderen Seiten wird bestätigt, daß die Truppen unglaubliche Greueltaten begangen haben. Nachdem der Widerstand der nationalistischen Partei, deren Anhänger kurze Zeit auf den Straßen kämpften, gebrochen war, drangen die Truppen in die Häuser ein, um darin Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied des Alters oder des Geschlechts niederzuschießen oder noch grausamer zu töten. In einer anderen Meldung heißt es, daß 18 Führer oder bekannte Mitglieder der Reformpartei gefangen und vor den Schah geschleppt wurden, der ihre sofortige Hinrichtung anordnete. Die Hinrichtung fand außerhalb der Stadt statt. Der Korrespondent der „Times" schätzt die Zahl der Verluste vor dem Parlamentsgebäude auf 70. Andere Schätzungen variieren zwischen 400 und 800. Die meisten Personen sollen in den Häusern getötet worden sein und nicht bei den Straßenkämpfen. Uebereinstimmend wird darauf hingewiesen, daß der Schah vollständig „Herr der Lage" sei. — Herr der Lage von Gnaden des „Massenmordes".

Es bestätigt sich, daß bei der Beschießung des Parlamentsgebäudes der erste Schuß von den politischen Klubs abgegeben wurde. Die Nationalisten zogen sich zurück, als die Truppenverstärkungen eintrafen, und besetzten geschützte Stellungen auf den Dächern. Sie hatten einige Verluste, wie viel, ist unbekannt. Die Kosaken verloren 15 Mann, 18 Pferde wurden getötet, 3 höhere Offiziere und 20 Mann verwundet. Der Verlust der Infanterie ist unbekannt. Das Parlamentsgebäude wurde von den Soldaten vollständig geplündert, die auch verschiedene Häuser und Leute auf der Straße ausraubten. Die Versammlungsräume von zwei politischen Klubs wurden von der Artillerie zerstört. Der Präsident des Parlaments und viele beliebte Parteiführer, Mitglieder der politischen Klubs, und Redakteure, wurden verhaftet, dreißig wurden in Ketten gelegt. Die Führer der Opposition und 10 Redakteure flohen in die englische Gesandtschaft. Die englischen und russischen Vertreter ersuchten den Schah, sofort Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung zu ergreifen, und wiesen darauf hin, daß ihre Regierungen ihn für alle unliebsamen Zwischenfälle verantwortlich machen würden. Der Schah gab weitgehende Zusicherungen.

* * *

Die Wiederaufrollung der mazedonischen Frage. Die bulgarische Regierung ließ in London wissen, daß die ihr vertraulich mitgeteilten neuen englisch-russischen Reformvorschläge für Mazedonien in Bulgarien absolut nicht befriedigen. Bulgarien, sagt der Minister des Auswärtigen, General Paprikow, in seiner Note, sei hierdurch zur Erkenntnis gelangt, daß es in der Wahrung seiner nationalen Interessen einzig handeln gezwungen sein werde. Aus Kreisen, die dem Hause Koburg nahe stehen, wird hinzugefügt: Fürst Ferdinand habe dem König Eduard mitgeteilt, daß seine Situation sehr gefährdet sei, und daß er wohl in nicht zu ferner Zeit die Entscheidung zu treffen haben werde zwischen einer Revolution in Bulgarien und einem Kriege.

Einem Mitarbeiter des „Eclair" sagte man in Berlin, Deutschland habe über die englisch-russischen Abmachungen über Mazedonien noch keine Mitteilung erhalten, sie würden Deutschland nur stören, wenn sie für Oesterreich-Ungarn unangenehm oder für den Sultan unannehmbar wären.

Aus Sofia wird weiter mitgeteilt: Die Petersburger Regierung, stark beunruhigt durch Gerüchte von der Möglichkeit des Ausbruchs eines serbisch-bulgarischen Krieges, machte energische Vorstellungen in Belgrad, wo sie Versicherungen erhalten hat, daß man das serbische Bandenunwesen eindämmen werde. Hier sind die Regierungsabsichten nicht so kriegerisch, wie in Petersburg angenommen wird, die ministeriellen Kreise lassen aber durchblicken, daß ihnen ein Krieg direkt aufgedrängt werden könnte, wenn Serbien seine Politik, durch die das bulgarische Element in Mazedonien dezimiert wird, fortsetzen sollte.

Das sieht beinahe aus, als sollte der Balkanbrand wieder in hellen Flammen emporlodern.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Grover Cleveland, der von 1884 bis 1888 und 1892 bis 1896 Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika war, ist, 71 Jahre alt, gestorben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Juni.

* **Ein Gartenkonzert mit billigem Eintrittspreis** und nachfolgendem Kränzchen findet auch am kommenden Sonntag, den 28. Juni, Nachmittags von 4 Uhr an, im Gewerkschaftshause statt. Programme sind sowohl im Vorverkauf im Gewerkschaftshause, in der „Volkswacht" und bei den Gewerkschaftssekretariaten als auch an der Kasse zum Preise von **10 Pf.** zu haben. Für Kinderspiele wird, wie an den vorhergegangeen Sonntagen, Sorge getragen. Abends Wellwurst. Zu zahlreichem Besuch ermuntert die Lokalkommission.

* **Radrennen in Scheitnig-Grüneiche.** Th. Ellegaard, der Weltmeisterfahrer 1907, der Sieger im Grand prix von Buffalo 1908, im großen Sommerpreis von Kopenhagen, und am 21. Juni vom Großen Preis von Antwerpen, startet am Sonntag, den 28. Juni in Breslau Grüneiche zusammen mit seinem gefährlichen Rivalen, dem jungen Franzosenmeister Hourlier gegen die neuen Meisterfahrer von Deutschland und Schlesien im Viererkampf. Hoffentlich ist es durch solche Klassebesetzung möglich, den durch die Dauer-Rennen herabgestimmten Geschmack des großen Publikums wieder zu dem wirklichen Sport der Flieger-Rennen zurückzuführen. Otto Meyer-Ludwigshafen, Meisterfahrer, dürfte von seinen alten Breslauer Bekannten ebenso stürmisch wie Willy Arendt, den wieder zum Tageslicht gestiegenen, begrüßt werden, und vielleicht versetzt sich „Willy" durch die niemals ganz entschwundenen Sympathien der Breslauer in die alte Zeit zurück und bereitet sich und seinen begeisterten Freunden eine schöne Ueberraschung. Nach seinen guten Abschieden in Dortmund darf man die Hoffnung auf den Hannoveraner nicht verlieren. R. Scheuermann sollte Musterbeispiel sein. Willy Bader, Althoff, Kudela, Peter und Wegener, sowie alle Breslauer Flieger umranken mit ihren Namen würdig die Sprintermatadore.

* **Achtung, Stukkateure!** Dienstag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer 1. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden alle Kollegen, insbesondere die bei der Firma Kunka u. Völkel beschäftigten, ersucht, vollzählig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Metallarbeiter!** Die Bibliothek wird vom 1. Juli ab vorübergehend geschlossen. Alle Bücher müssen zurückgeliefert werden.

* **Achtung, Bautischler und Einsetzer!** Am Freitag, den 26. Juni, Abends 8 Uhr, findet im Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Versammlung der Bautischler und Einsetzer statt. In derselben soll Stellung zur Tariferneuerung genommen werden. Zu dieser Versammlung, in welcher die Tarifberatungskommission anwesend ist, wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

* **Zum Bau der Kaiserbrücke.** Die Steinmetzarbeiten mit Materiallieferung für die Tragpfeiler und Verbindungsbögen der Kaiserbrücke, die dekorative Aufbauten bilden sollen, sind dem Breslauer Steinmetzmeister Karl Päschke zu 189.669,27 Mk. übertragen worden. Die genannte Firma hat nunmehr die in Rohrlach belegenen Steinbrüche des Gutsbesitzers Schäl und die Fischbacher Dominialbrüche gepachtet. Der Betrieb in diesen Steinbrüchen, die schlesischen Gebirgsgranit von dunkler Färbung liefern, wird am 1. Juli mit 50 Arbeitern eröffnet. Am 1. September wird voraussichtlich, wenn es die Witterung zuläßt, mit dem Versetzen der Granitstücke begonnen werden können.

* **Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.** Auf dem Dominium Wirrwitz stürzte am 16. d. M. der 81jährige Altersrentner Ernst Wolter so unglücklich von einer schadhaften Treppe herab, daß er an den Folgen des Sturzes im Barmherzigen Brüderkloster verstarb. Der so ums Leben Gekommene war 40 Jahre lang auf dem Dominium beschäftigt gewesen und dafür auch mit der bekannten „Verdienstmedaille" bedacht worden.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder eingeliefert wurden folgende Verletzte: ein Arbeiter aus Stabelwitz, der von einer Leiter auf den Hinterkopf gefallen war, ein Schüler aus Wangern, der beim Spiel gesprungen und einen Knöchelbruch bekam; ein Arbeiter aus Frauenwaldau, der von einem Pferde ins Gesicht geschlagen worden war; ein Kind aus Jänschdorf, das überfahren worden ist und den linken Oberschenkel brach; ein Knecht aus Buchwitz, der gefallen war und sich das rechte Schlüsselbein verrenkte; ein Gutsbesitzer aus Nimkau, dem ein Baumstamm auf den rechten Fuß fiel und wodurch er einen Knöchelbruch erlitt; ein Arbeiter aus Mochbern, der gefallen war und den rechten Arm brach; ein Arbeiter aus Riehmen, dem ein Ziegel auf den Fuß fiel, Quetschungen herbeiführend; ein Arbeiter aus Oberhof, den ein Ochse geschlagen hat; ein Knecht aus Döberle, den ein Pferd schlug, und ein Invalide aus Wirrwitz, der durch einen Sturz von der Treppe Kopfwunden davontrug.

† **Diebstähle.** Am 23. d. M. wurde einem Müller in einer hiesigen Badeanstalt das Portemonnaie mit 5 Mk. entwendet. — Ein Fahrrad, Marke „Brennabor" wurde am 23. d. M. aus einem Flur am Ringe gestohlen.

† **Zusammenstoß.** Eine Taxameter-Droschke stieß am 22. d. M., als sie mit zu kurzem Bogen vom Schweidnitzer Stadtgraben in die Neue Schweidnitzerstraße einschwenkte, an einen zweiräderigen Handwagen, zertrümmerte ihn zum Teil und riß den ihn führenden Haushälter zu Boden; dieser erlitt dabei eine Quetschung der linken Hand.

† **Ertrunken** ist am 23. d. M. ein 7jähriger Schulknabe von der Weinstraße, der an der Gröschelbrücke in der alten Oder badete.

† **Unbekannte Leiche.** Die am 5. d. Mts. an der Paßbrücke gelandete männliche Leiche (mit J. G. gezeichneter Wäsche) und die an demselben Tage bei Ransern aus der Oder gelandete männliche Leiche sind bisher nicht rekognosziert worden. Angaben über ihre Person werden nach Zimmer 54 des Polizeipräsidiums erbeten.

† **Ein Zehnmarkstück statt eines Fünfzigpfennigstückes** in Zahlung gegeben hat am 23. d. Mts. ein Fahrgast einem unbekannten Droschkenkutscher auf dem Wege nach dem Bahnhof.

† **Vermißt** wird seit dem 19. d. Mts. ein Mann, namens Reimann, von der Bohrauerstraße, der sich kurz vorher einen Waffenschein hatte ausstellen lassen.

† **Verhaftet** wurde am 24. d. Mts. ein Provisionsreisender, der bei einer hiesigen Bilderfirma tätig war. Er hatte fortgesetzt Gelder, die er von Kunden einziehen sollte, unterschlagen und Quittungen gefälscht. Auch hatte er Lieferungen versprochen und Anzahlungen darauf genommen, ohne daß sie je ausgeführt wurden.

† **Die neuesten Schlachthofdiebstähle.** In die Kühlzellen des städtischen Schlachthofes sind Diebe eingebrochen und haben zwei Fleischern von der Neudorfstraße ein halbes Schwein bezw. ein Rinderhinterviertel entwendet; einem Fleischer von der Vincenzstraße ist aus der Kühlhalle ein halbes Schwein gestohlen worden.

† **In das Polizeigefängnis** eingeliefert wurden am 24. d. Mts. 28 Personen.

† **Gestohlen** wurden: einer Kaufmannsfrau aus einer Bodenkammer auf der Fürstenstraße Kleider, Blusen, Taillen usw., im Werte von mehr als 50 Mk., einem Schüler von der Gräbschenerstraße aus dem Hausflure der alten Börse am Blücherplatz ein Fahrrad „Perplex" Nr. 306.705, einem Zahnarzt aus dem Flur seines Hauses auf der Taschenstraße ein Fahrrad „Magnet", am 23. d. M. wurde einem 7jährigen Schulknaben von einem halbwüchsigen Burschen auf der Hubenstraße ein Portemonnaie mit 2,40 Mk. entrissen.

Neueste Nachrichten.

Milde Richter.

Frankfurt a. M., 25. Juni. (H. T.-B.) Frau Landauer, die unter der Anklage stand, ihren Ehemann erschossen zu haben und diese Tat auch zugab, wurde gestern von den Geschworenen freigesprochen. Der Mann hatte von ihr wegziehen wollen, nachdem er schon seit längerer Zeit verschiedene Verhältnisse hatte. In der Aufregung hierüber hatte Frau Landauer die Tat vollbracht.

Landsberg a. W., 25. Juni. (H. T.-B.) Die 19 Jahre alte Salomon, die ihr uneheliches Kind erwürgt und verbrannt hatte, wurde vom Schwurgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine Schiffskatastrophe.

Madrid, 25. Juni. (H. T.-B.) Bei Simida unweit La Corona ist der spanische Dampfer „Larrasch" der Transatlantischen Gesellschaft in einer Untiefe an eine Klippe angerannt. Der Dampfer sank fast plötzlich. An Bord befanden sich 144 Personen, davon ertranken 81, darunter die halbe Besatzung mit dem Kapitän. Viele Dampfer eilten zur Hilfe herbei. Gegen die, die nicht zur Unfallstelle eilten, soll gerichtlich vorgegangen werden.

Der Staatsstreich in Persien.

Teheran, 25. Juni. (H. T.-B.) Nach Beendigung des vorgestrigen 6stündigen Bombardements trat langsam Ruhe ein, die auch während der Nacht und gestern Morgen andauerte. Dann setzte wieder heftiges Gewehrfeuer ein, dem bald Geschützdonner folgte. Das Haus Zahirs El Dowleh dessen Sohn vorgestern dem Schah eingeliefert wurde, wurde bombardiert. Das Haus wird, sobald das Werk der Zerstörung vollbracht, geplündert, obgleich es mitten im Europäerviertel steht. Die Kosakenbrigade feuerte auch auf die Verwundeten. Von den Verfolgten wurde nur geringer Widerstand geleistet.

Teheran, 25. Juni. (H. T.-B.) Das gestrige Bombardement dauerte 1½ Stunden. Zwei Geschütze feuerten aus nächster Nähe auf Zahirs El Dowlehs Haus, dessen Inneres vollständig zerstört wurde. Durch den Luftdruck sprangen viele Fensterscheiben von europäischen Geschäften. Der Pöbel machte sich gegenseitig die Beute streitig. Die Kosaken hatten harte Arbeit, um die Plünderer aus den Straßen zu vertreiben. (Um selbst zu plündern!) Nach längerer angestrengter Arbeit gelang dies. Erst gegen Abend trat Ruhe ein. Die Gesandtschaften geben amtlich bekannt, daß über die Stadt der Belagerungszustand verhängt ist. Die Lage ist ernst. Man befürchtet, daß weitere Bombardements bevorstehen. Verschiedene Verfolgte flüchteten in die englische Gesandtschaft. Der Schah soll empört darüber sein, daß ihnen die Gesandtschaft Asyl geboten hat. Kosaken-Kavallerie hält die Ausgänge besetzt. Militär beteiligte sich am Plündern (siehe oben) und bombardierte die Häuser nicht nur zu diesem Zweck, sondern gestattete den Raub in das Feldlager zu führen. Auf Befehl des Schah sollen die Basare wieder geöffnet werden, widrigenfalls ein Bombardement auf sie vorgenommen werden soll. Die Pferdekadaver sind vom Parlamentsplatz noch nicht fortgeschafft und verpesten die Luft.

London, 25. Juni. (H. T.-B.) Wie aus Teheran gemeldet wird, wurde eine Bombe in das Lager des Schahs geworfen.

Berlin, 25. Juni. (H. T.-B.) Gegen das freisprechende Urteil im Vatermordprozeß Schwarzenstein wird die öffentliche Anklagebehörde das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht in Anspruch nehmen.

Rom, 25. Juni. (H. T.-B.) Als sich im Dome zu Turin unter Teilnahme des Kardinals Richelmy und des Domkapitels die Prozession zum Umzuge ordnete, explodierte eine Retarde. Der starke Knall brachte die zahlreichen Teilnehmer der kirchlichen Feier in furchtbare Aufregung. Viele Frauen fielen in Ohnmacht, andere wurden zur Erde geworfen. Man betrachtete das Bubenstück als einen Racheakt gegen den Kardinal. Die Feierlichkeit konnte bald fortgesetzt werden.

Paris, 25. Juni (H. T.-B.) Im Mittelpunkte der Stadt wurde wieder ein neue Mordtat entdeckt. In der Rue de Bodo wohnt die Witwe Sauvezone, die nur eine Dienerin hält, die wöchentlich einmal zu ihr kam. Die Witwe betrieb seit Jahren einen ausgedehnten Handel mit Diamenten. Zwei Tage wurde die Frau vermißt. Gestern Morgen ließ man die Tür durch Schlosser öffnen. Man fand die Frau im Empfangssalon tot am Boden liegen. Die Füße waren zusammengebunden. Um den Hals trug die Tote eine Schnur, die fest zusammengezogen und tief ins Fleisch eingedrungen war. Von dem Mörder fehlte jede Spur. In der Wohnung herrschte nicht die geringste Unordnung, auch die eisernen Kassetten waren unversehrt.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

L. und E., Bergmannstraße. Wegen Privatschulden einzelner Vereinsmitglieder darf der Gastwirt die Vereins-Utensilien nicht mit Beschlag belegen.

R. G. Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Breslau, Schuhbrücke 74a.

P. Sch., Reichenbach. Eignet sich nicht zum Abdruck.

J. B. Natürlich, mit Vergnügen.

Sch., Neue Adalbertstraße. Bei einem wöchentlichen Verdienst von 28 Mk., also einem Jahreseinkommen von 1456 Mk., stellt sich Ihr reines Einkommen nach Abzug von 120,04 Mk. für ein Kind und Kranken- und Invaliden-Versicherungs-Beiträgen auf 1336,96 Mk. Sie haben mithin an Staatssteuer pro Jahr 12 Mk. zu zahlen, Gemeindesteuer 17,04 Mk., evangelische Kirchensteuer 1,44 Mark.

J. Schönlanke. Wegen Schulden für Eßware könnte Ihr Lohn nur insoweit gepfändet werden, als er pro Jahr den Gesamtbetrag von 1500 Mk. übersteigt. Da Sie pro Woche 27 Mk. verdienen, kann Ihnen also vom Lohne nichts gepfändet werden. Im übrigen empfehlen wir Ihnen aber, den geringen Betrag zu zahlen.

Nr. 200. Die Krankenhauskosten, die durch die Behandlung und Verpflegung der Mutter Ihres unehelichen Kindes nicht aus Anlaß der Entbindung entstehen, brauchen Sie nicht zu tragen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Wilhelm Grunow, Berlinerplatz 4.
Kassierer: R. Peterhansel.

Sekretariat für Bauarbeiterschutz.

Bureau: Adlerstraße 3. Telephon 8353.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 27. Juni:

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend im Zimmer 1.
Buchbinder-Verband. Vereins-Versammlung. Zimmer 2.

Sonntag, den 28. Juni:

Steinarbeiter. Kassentag. Vormittags von 10—12 Uhr. Zimmer Nr. 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Distrikts- und Bezirksführer!

Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr: Abrechnung in den Distriktslokalen. Die Bezirksführer werden ersucht, sämtlich zu erscheinen und die **Kontrollkarten**, welche eingezogen werden, mitzubringen. Auch diejenigen Genossen, die vorher abgerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da stets noch wichtige Dinge zu besprechen sind.

Distrikt 8 u. 8a (Obertor).

Sonntag, den 28. Juni, früh 10½ Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Ballhof, Schießwerderplatz 12. Die noch ausstehenden Sammellisten sind bestimmt bis Montag abzurechnen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Wahl von Bezirksführern, Verschiedenes. Diejenigen Genossen, welche noch im Besitz von Sammel- und Wählerlisten sind, werden dringend ersucht, dieselben dem Distriktsführer abzuliefern.

Distrikt 18 (Innere Stadt östlich).

Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr, bei Philipp, Ketzerberg 4: Zusammenkunft aller Mitglieder des Distrikts. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, weshalb zahlreiches Erscheinen der Genossen nötig ist.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 8.

Donnerstag, den 25. Juni. Zusammenkunft im Lokale Klugner, Cretiusstraße 39. Die Wahlmänner von Herdain werden dringend ersucht, zu erscheinen.

Land-Distrikt 9 (Tschansch).

Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal. Abrechnung der Marken, der noch ausstehenden Listen von der Landtagswahl. Die nicht verkauften Marken sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 13.

Bezirk Gräbschen. Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr: Zahltag bei Rupprich. Neuaufnahmen können daselbst erfolgen.

Peiskretwitz. Wahlverein. Sonntag, den 28. Juni, Nachmittags 3 Uhr: Besprechung bei Schaar. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend notwendig.

Brieg. Bau- und Erdarbeiter. Sonnabend, der 27. Juni, Nachmittags 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Liegnitz. Sozialdemokratischer Wahlverein. Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung im Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Unsere Stichwahlparole und die Abstimmung eines Teiles unserer Wahlmänner. 2. Die Stadtverordnetenwahlen. Alle Wahlmänner müssen erscheinen. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Häslicht. Sozialdemokratischer Wahlverein. Freitag, den 26. Juni, Abends 7½ Uhr: Beitragserhebung bei Genossen Robert Jakob. Mitglieder werden dabei aufgenommen.

Tschirnitz, Girlachsdorf, Kalthaus und Umgegend. Steinarbeiter. Sonntag, den 28. Juni, Nachmittags 3 Uhr: Oeffentliche Versammlung bei Frau Otto-Tschirnitz. Tagesordnung: Freie, Hirsch-Dunckersche oder Christliche Arbeiter-Organisation? Referent: Gauleiter Mehrlein-Breslau. Freie Diskussion. Ortsverwaltung Striegau.

Hirschberg. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr: Sitzung des Vergnügungskomitees in der „alten Hoffnung", Sand 48.

Bunzlau. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung. Erscheinen aller Delegierten unbedingt notwendig.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Gewerkschaftshaus Margaretenstr. 17

Man verlange ausdrücklich Globus Putzextrakt und weise wertlose Nachahmungen zurück.

Radrennbahn Scheitnig-Grüneiche.

Sonntag, den 28. Juni cr., nachmittags 4 Uhr:

Verlosungs-Rennen

Meisterschaft von Schlesien 1 Klm. Meisterschaft von Deutschland 1 Klm.
Meisterschaftsmatsch.

Es starten: 3142

Th. Ellegaard, Odense. L. Hourlier, Paris. Willy Arend, Hannover. Otto Meyer, Ludwigshafen.
Willy Bader, Berlin. Bruno Wegener, Berlin. Richard Scheuermann u. A., Breslau.

Alles Nähere die Plakate.

Sonntag, 28. Juni: Künstler-Konzert

Am 24. ds. Mts., früh 2½ Uhr, verschied plötzlich mein lieber Gatte, unser sorgender Vater, der Holzmaler

Wilhelm Berger

im Alter von 46 Jahren. 3167

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Die trauernde Gattin Emma Berger, geb. Schimano.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 1½ Uhr, vom Trauerhause, Viktoriastrasse 7.

Für Zigarrenmacher!! 1463
Alle Behelfe zur Zigarrenfabrikation empfehlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummerei 28.

Am 24. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet unser treuer Verbandskollege, der

Maler
Wilhelm Berger

im Alter von 45 Jahren. 3168

Verband der Maler, Lackierer u. Anstreicher Filiale Breslau.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 1½ Uhr vom Trauerhause, Viktoriastrasse 7, nach St. Salvator statt.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: **Tanzkränzchen** Polonaise u. Gratisprämienverteilung

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Breslau.

Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, 3165
im Saale des Gewerkschaftshauses:

Außerord. Bautischler- u. Einsetzer-Versammlung

im Beisein der Tarifberatungs-Kommission mit der Tagesordnung: **Stellungnahme zur Tariferneuerung.**

25% kaufen Sie billiger, wenn Sie Ihre Möbel bei mir kaufen. 2592
Solidgearbeitete **Möbel** aus eigener Werkstatt, gute, reelle Arbeit.
Spiegel und Polsterwaren in großer Auswahl.
Komplette Einrichtungen in den verschiedensten Holzarten und Preislagen.
Werkstätten: Ostbahnstr. 8. **Joseph Erkel,** Möbeltischlerei. Verkaufslokal: Gräbschnerstr. 14.

Soeben erschienen:
Geschichte des Sozialismus in Frankreich.
Von PAUL LOUIS.
Broschiert 2,50 Mk., gebunden 3,— Mk.
Buchhandlung „Volkswacht".

Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge
von Otto Rühle.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Schauspielhaus
Sommerspielzeit: Dir. Erich Ziegel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Erstes Gastspiel Harry Walden:
„Der Dummkopf".
Lustspiel-Novität von Ludwig Fulda.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zweites Gastspiel Harry Walden:
„Der Dummkopf".

Zeltgarten.
Dir. H. Krainath.
Täglich
Künstler-Vorstellung
im Garten.
Entree 10 Pfg.

Breslauer Sommer-Theater.
(Idelsohn's Etablissement.)
Donnerstag, 8 Uhr:
„Raffles".
Im Garten: Reinsdorf.
Freitag, 8 Uhr:
„Raffles".

Palmengarten
Dir. H. Krainath.
Zum 1. Male in Breslau:
„Hungaria"
Ungarisch-serbische National-Kapelle.
10 Personen.
Entree frei.

Victoria-Theater
Original Budapester Orpheum-Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Neue Wochentage gültig.

Böttcher's Restaurant
(Elysium).
Täglich: **Konzert**
Breslauer Schauspielhaus-Kapelle.
Anfang 7 Uhr. — Entree frei.
Sonnabend und Sonntag: 10 Pfennige.

Buchhandlung Volkswacht.
Wer war der Kläger Geschworenen . . . 0.20

Kammermusiksaal.
Täglich 8½ Uhr abends:
LETZTE WOCHE
Gastspiel
Cabaret Rudolph Nelson.

arrangiert vom **Verband der Schuhmacher.**

Wo Kind in Pflege genommen u. nur Gegenl. [illegible] 30 Mk. Off. unter B. K. an die Expedit. der „Volkswacht". 3163

1000 Strohhüte Stück **50 Pfg.** Carlsplatz 3, 1 Treppe. 3038

Weggugshalber verkaufe mein **Vorkost- und Kurzwarengeschäft** mit Rolle zu jedem annehmbaren Preise ebenso die Möbel, Wirtschaftssachen, Ladeneinrichtung und Waren im einzelnen, eventuell ist der Laden nebst Wohnung zu vermieten. 3149
Breslau, Piastenstraße 30. Lindemann.

Meine 3049
Vorstenlanden Zigarre ist unerreicht.
10 Stück 60 Pfg.
und 5% Rabatt
Oscar Rudolph Zigarren-Importhaus
Breslau, Neudorfstr. 61.

8 Pf. Reformbier 8 Pf. 2778

Ausgekämmte Frauenhaare kauft zu den höchsten Preisen [3159
Tannhäuser, Rosenthalerstr. 49.

Pfänder-Auktion Freitag, 26. Juni Leihamt Hirschstr. 78, E. Keller. 3162

Achtung! 2829
Pfänder-Auktion!
Pfandleih-Institut Matthiasstrasse 113, I. Etg.
Verlängerung bis 1. Juli 1908.

Herren- u. Damen-Räder, neu und gebraucht, spottbillig.
M. Roth, Reparaturwerkstatt, Kohlenstraße Nr. 5. 2809

Programm 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Soeben erschienen:
Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Soeben erschienen!
Parvus
Der Klassenkampf des Proletariats.
Heft 3.
Die Sozialdemokratie und der **Parlamentarismus**
Preis 25 Pfennig.
Preussisch. Wahlrechts-Katechismus
von PAUL GÖHRE.
Preis 15 Pfennig.
Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht".

Beilage zu Nr. 147 der „Volkswacht".

Freitag, den 26. Juni 1908.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Hamburg, 25. Juni.

Die Debatte über die

Maifeier

wird fortgesetzt.

Herrmann-Nürnberg (Schuhmacher): Auch wir freuen uns so, daß in dieser Frage eine Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften erfolgt ist, aber dieses Abkommen erschwert die Arbeitsruhe, ja macht sie unmöglich. Bisher konnten wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, wo das Organisationsverhältnis gut war. Jetzt sollen wir auf die örtliche Unterstützung und alle anderen Gewerkschaften am Orte warten. Das kann nicht unser Wille sein. Mögen Parteivorstand und Generalkommission ein anderes Abkommen treffen zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai (Beifall.)

Leber-Jena: Alle Redner außer Cohen haben sich bemüht, die sachlichen Momente hervorzuheben, das ist gegen Köln ein bedeutender Fortschritt. Cohen war zu seiner Rede von den Metallarbeitern nicht autorisiert. (Lebh. Widerspruch.) Wir wollten einheitlich dem Abkommen zustimmen, aber nicht wieder sein uraltes Lied hören. (Zuruf: Ein schönes Lied!) Legien schloß mit der Hoffnung, daß wir doch noch stark genug werden würden, die Maifeier würdig zu begehen, Cohen sagte das direkte Gegenteil. Können wir einen solchen Widerspruch zwischen zwei Mitgliedern der Generalkommission in die Welt hinausgehen lassen? (Cohen ruft: Warum nicht?) Auch wir sind nicht leichtsinnig; aber selbst an kleineren Orten feiert die Arbeiterschaft den 1. Mai immer mehr durch Arbeitsruhe, so daß es ganz zwecklos wäre, wollten wir ihre Beseitigung beschließen. In der Vereinbarung muß die Bestimmung gestrichen werden, daß den Ausgesperrten erst von der zweiten Woche an Unterstützung gewährt wird. Das können wir den Arbeitern, die ohnedies schwere Opfer bringen, nicht zumuten. Glaube ich wie Cohen, daß wir auch in einem Jahrzehnte noch keine große und würdige Maifeier haben werden, so würde auch ich sagen: Schaffen wir sie ab, wir haben Wichtigeres zu tun. (Heiterkeit.) Aber wir haben nicht immer Kriegszeit, und unsere großen Verbände dürfen nicht feige sein, halten wir also fest an der Arbeitsruhe am 1. Mai. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

* * *

Nachmittagssitzung.

Päplow-Hamburg (Maurer): Der Wortlaut des Antrages Frankfurt ist ja ganz harmlos, sodaß wir für ihn stimmen könnten. Er bezweckt ja nur die Nachprüfung der Vereinbarung durch Parteivorstand und Generalkommission. Aber wir müssen ja auch die Motive des Antrages berücksichtigen, und da möchte ich die Generalkommission dringend warnen, sich von den Motiven der Frankfurter leiten zu lassen. Wir sind ja alle Anhänger einer guten Zentralisation und einer wuchtigen Maifestdemonstration, aber soweit kann die Zentralisation nicht gehen, daß wir die Mataussgesperrten aus der Zentralkasse unterstützen. Der Maurerverband hat den Zweck der Forderung der Maifeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschaftskongreß hineinschreiben lassen. Die Maifeierzentralisation würde an dem Widerstande der einzelnen Zentralverbände scheitern. So mußte man zur Regelung der Maifeier in lokalem Rahmen kommen. Daß dabei manches noch nicht klappt, bedauern wir, können es aber nicht ändern.

Von **Kloth**-Berlin ist folgende Resolution eingegangen:

„Der Gewerkschaftskongreß nimmt die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen betreffs der Maifeier als den gegebenen Verhältnissen entsprechend an, vermag aber eine endgiltige Regelung der Maifeierfrage nicht zu erblicken.

Der Gewerkschaftskongreß ist vielmehr der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammentreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten und Gemaßregelten, unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und Gewerkschaften, zu ermöglichen ist.

Je nach dem Ausfall dieser Beratungen sind den zuständigen Instanzen geeignete Vorschläge zu machen, welche dann über die Maifeier endgiltig zu beschließen haben."

Brünn-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter): Entscheiden über die Maifeier darf nur, wer für den Beschluß nachher die Verantwortung trägt. Damit ist die finanzielle Gefahr der Maifeier beseitigt. Eine andere Regelung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erreichen. Auf den Idealismus ist der Magen bekanntlich sehr schlecht zu sprechen. Die Aussperrung kann ja auch viele Tage dauern, da können wir die Arbeiter doch nicht hungern lassen. Bessere Vorschläge für die Gestaltung der Maifeier hat niemand gemacht, weil wir zu schwach sind, die Arbeitsruhe einheitlich in ganz Deutschland herbeizuführen. Hoffen wir, daß wir recht bald stark genug dazu werden. Jeder Ausbau unserer Organisationen ist zugleich ein Beitrag zur besseren Lösung der Maifeierfrage.

Massatsch-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der Vereinbarung, wünschen nur eine erneute Beratung der beiden Instanzen, um eine bessere Form für die Aufbringung der lokalen Mittel zu suchen. Zum großen Teil sind wir allerdings auf Grund unserer Erfahrungen für eine Forcierung der Maifeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Kassengeist, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil unsere Organisationen durch die Maifeier zerrüttet, vernichtet werden. Ueber den „Kassengeist" hat ja erst jüngst Pardus eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber gerade der Klassenkampf wird gefährdet, wenn die tüchtigsten und tätigsten Gewerkschaftler alljährlich hinausgeworfen werden. Seien wir also mit der Arbeitsruhe recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluß. (Beifall.)

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich stelle zunächst richtig, daß Dißmann nicht auf dem Standpunkt der übrigen Metallarbeiter steht. Man wirft uns vor, wir wahrten nicht den Klassenkampfcharakter. Aber die alljährlichen Maikämpfe hindern uns gerade, Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Wir wollen diesen Kampf nicht mit Phrasen, sondern in Wirklichkeit führen. Leber beurteilt die Verhältnisse genau so wie ich, aber er bringt es nicht fertig daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Ich will den Streit mit ihm auf unseren nächsten Verbandstag vertagen, aber ich sage ihm in aller Freundschaft: „Kauf Dir bis dahin für fünf Pfennige Logik, damit Du nicht unter den Wagen kommst!" (Große Heiterkeit.)

Rößler-Altenburg (Fabrikarbeiter): Nachdem die überwiegende Mehrzahl der deutschen Gewerkschaften sich überzeugt hat, daß wir die Macht nicht haben, die Maifeier einheitlich zu gestalten, ist das Festhalten an der Arbeitsruhe zwecklos. Haben wir also den Mut, dies offen zu sagen. Die meisten Anträge wollen die Entscheidung noch weiter hinauszögern und die Unsicherheit verewigen. Einen besseren Vorschlag zur Regelung der Frage hat auch niemand gemacht.

Thiede-Hamburg: Parteivorstand und Generalkommission haben sich über die schwierige und strittige Frage geeinigt. Wir können ihnen nur zustimmen. Eine Erweiterung der Arbeitsruhe können wir nicht annehmen. Am liebsten möchten wir den gordischen Knoten durchhauen und das Hinderliche, Veraltete und Ueberlebte ganz beseitigen. Damit arbeiten wir für das, wofür wir am 1. Mai demonstrieren. Bei den Verhältnissen der Großbetriebe mit ihrer besonderen Disziplin ist die Taktik der eintägigen Revolution nicht mehr möglich. Was wir für den 1. Mai fordern, haben wir zum Teil schon praktisch durchgeführt. Die Wirkung unserer Demonstration gefährdet das Errungene. Das wird Zeit und Erfahrung auch die Rabiaten lehren. (Beifall und Widerspruch.)

Inzwischen ist folgende Resolution **Körsten** eingegangen:

„Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß stimmt der Vereinbarung von Parteivorstand und Generalkommission mit dem Ersuchen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere örtliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen."

Wittig-Frankfurt a. M. (Brauereiarbeiter): Ich kann die Befürchtung der Gewerkschaften nicht von der Hand weisen. Ich bin Anhänger der Maifeier, aber ich springe nicht mit beiden Füßen hinein. An der Vereinbarung hat mir nicht gefallen, daß, wenn die örtlichen Instanzen alles Geld aufbringen, ihnen Vorschriften über die Unterstützungsart gemacht werden sollen. Vor allem aber möchte ich betonen, daß die Maifeier auch auf die Streikbewegung günstig eingewirkt hat. Deshalb stimme ich der Resolution Kloth zu.

Metallarbeiter **Orhölzer**-Stuttgart: Die Generalkommission war bei den Verhandlungen in einer sehr schwierigen Lage. Sie konnte weder selbst bewirken noch für die Abschaffung der Arbeitsruhe plädieren. Da müssen wir ihr für die erzielte Resolution dankbar sein. Aber in der Sache selbst ist die Maifeier ganz ohne Erfolg geblieben. Mancher hat leider nicht den Mut, der Katze die Schelle umzuhängen. Ich aber sage, daß die Maifeier eine alljährlich

mißlungene Demonstration

ist. Eigentlich sollte doch nur gefeiert werden, wo keine Schädigung eintritt. Da aber brauchten wir die ganze Unterstützungsfrage nicht erst zu diskutieren.

Dißmann-Frankfurt a. M.: Der Frankfurter Antrag will lediglich neue Verhandlungen zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand herbeiführen, um eine bessere Lösung der Unterstützungsfrage zu finden. Die Frankfurter erwarten dabei nicht vom Kongreß, daß er selber sagen werde, in welchem Sinne er Aenderungen wünsche. Wenn durch die Maifeierunterstützung irgend eine Belästigung der Zentralkasse herbeigeführt wird, so wäre es nur konsequent, daß mit der Arbeitsruhe überhaupt Schluß gemacht werde. Ich meine aber, daß man nicht gleichzeitig der Vereinbarung zustimmen und sagen kann, daß sich die Mehrheit für die Beseitigung der Arbeitsruhe erkläre. Dann hat es wenig Wert, an der Maifeier herumzudoktern. Wir sollten alles tun, um nicht erneut Streitfragen zwischen Partei und Gewerkschaft aufzurollen. Andererseits muß in der Maifeierfrage, über die jetzt jedes Jahr diskutiert wird, endlich eine Klärung erfolgen. Die Unterstützung der Mataussgesperrten auch durch die Parteiorganisationen führt zu einer Doppelbesteuerung der meisten Parteigenossen. Auch das müßte geändert werden. Es ist gesagt worden, die Arbeiter selber hätten die Lust an der Maifeier verloren. Wenn ein Teil sie wirklich verloren haben sollte, so vielleicht auch wegen des jahrelangen Streites, vielleicht auch deshalb, weil der Standpunkt manchen Zentralvorstandes den Massen das Vertrauen zur Durchführung der Maifeier genommen hat. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich stehe — das erkläre ich offen — auf dem Boden des Frankfurter Antrages und seiner Motivierung und werde entsprechend meiner Ueberzeugung stimmen. (Beifall.)

Glocke-Berlin: Wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft hat die Vereinbarung mit Freuden begrüßt, da die Maifeierfrage seit Jahren Partei und Gewerkschaft beunruhigt und die Debatte darüber zu ihrer Ausbreitung wahrlich nicht beigetragen hat. Gegen die Uebertreibungen, die die Redner des Metallarbeiter-Verbandes heute begangen haben, will ich nicht polemisieren, sondern nur zur Sache bemerken, daß ich den Passus der Vereinbarung über die Unterstützung so verstanden habe, daß die Zentralverbände in Bezug auf ihre Regulierung autonom bleiben und prüfen können, ob die Lokalorganisationen alles Nötige leisten können. Nach manchen Reden, die wir heute gehört haben, könnte aber der Anschein entstehen, als hätten die Zentralvorstände den Passus, Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften haben die Gemaßregelten nicht besonders gewünscht, um die Maifeier nach und nach zu unterbinden. Ich möchte daher empfehlen, diesen Passus zu streichen oder wenigstens diesen Wunsch der Generalkommission für neue Verhandlungen mit dem Parteivorstande mit auf den Weg zu geben.

Hübsch-Berlin: Ich kann für die Gesamtorganisation der Textilarbeiter erklären, daß uns die Vereinbarung befriedigt. Verschiedene Streitpunkte sind dadurch beseitigt worden und die Bestimmung, daß auch die Partei für die Kosten der Maifeier beizutragen hat, wird hier in vielen Fällen die notwendige Vorsicht geben, die bisher die Gewerkschaft allein üben mußte. Die Generalkommission war redlich bemüht, einen gangbaren Weg in der Unterstützungsfrage zu finden. Das schließt aber nicht aus, daß nicht noch ein besserer gefunden werden kann. Deshalb werden wir für die Resolution Kloth stimmen.

Kloth-Berlin begründet seine Resolution und erweitert sie, indem er dem Satz: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammentreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist", die Worte hinzuzufügen: „oder nicht". Der Redner glaubt nicht, daß es möglich sein wird, die Arbeitsruhe weiter auszudehnen. Entscheidend dafür sei die Unterstützungsfrage. Eine endgiltige Regelung könne aber nur der nächste internationale Kongreß treffen. Der ungewisse Zustand könne jedenfalls nicht andauern. Der Redner steht auf dem Standpunkt, den der Frankfurter Arbeitersekretär Dittmann in der „Neuen Zeit" entwickelt hat: „Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende".

Legien: Ich hatte angenommen, daß es zu einer Dis-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Orden „pour le mérite". In Berliner Künstlerkreisen geht das Gerücht, die königliche Akademie habe die französischen Bildhauer Rodin und Fremiet und den schwedischen Maler Zorn für den Orden „pour le mérite" vorgeschlagen, der Kaiser aber habe in ablehnendem Sinne entschieden. Was Fremiet, den Schöpfer des Pariser Jeanne d'Arc-Denkmals betrifft, so kann er für eine Ordensverleihung nicht in Frage kommen, da er nicht mehr unter den Lebenden weilt. — Für ernste Künstler und Gelehrte müßte eine solche Dekorierung recht peinlich sein, befänden sie sich doch dann in einer recht zweifelhaften Gesellschaft. Wir erinnern an den russischen Wüstrichelden Stössel.

Aus aller Welt.

Die Ausweispapiere als Verräter. Ein schwerer Verbrecher ist in Brandenburg a. H. festgenommen worden. Vor etwa zehn Tagen wurde auf der Potsdamer Chaussee gegen den Monteur B. ein schwerer Raubanfall verübt. Der Mann wurde hinterrücks zu Boden geschlagen und ihm seine Taschenuhr, das Portemonnaie und die Legitimationspapiere gestohlen. Am Sonnabend wurde in Brandenburg bei einem Einbruchsdiebstahle ein Mann abgefaßt, der sich den Namen Albert Schröder aus Danzig beilegte. Bei einer körperlichen Untersuchung wurden im Jackeitfutter eingenähte die Legitimationspapiere des überfallenen B. vorgefunden. Der Verhaftete behauptete, diese Papiere von einem unbekannten Manne gekauft zu haben. Diese Angabe fand aber um so weniger Glauben, als sich bald darauf herausstellte, daß der Verbrecher sich einen falschen Namen beigelegt hatte. Der Verbrecher ist allem Anschein nach ein „schwerer Junge" aus Berlin, dem der Boden dort zu heiß geworden ist und der aus diesem Grunde in der Provinz „arbeitete". Das Bild des Festgenommenen ist nebst genauer Personalbeschreibung der Berliner Kriminalpolizei zugesandt worden.

Eine Bluttat. Dienstag Nacht war der Bezirk Favoriten in Wien der Schauplatz einer entsetzlichen Bluttat. Ein von seiner Frau geschiedener Mann hat einem Mädchen, mit dem er zusammen lebte, mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten, das aus dem Verhältnis hervorgegangene Kind getötet und sich dann selbst mit dem Rasiermesser lebensgefährliche Verletzungen beigebracht. Das Motiv der Tat ist noch unaufgeklärt.

Gewissenloser Unfug. Nachdem erst vor einigen Tagen zwei vom Schießplatz Hagenau im Elsaß verirrte Schrapnels in Schirmweiler große Schäden an Gebäuden verursacht haben, wurde am Montag ein achtjähriges Mädchen, das Heidelbeeren pflückte, von einem Infanteriegeschoß durch einen Schuß durch beide Oberschenkel schwer verletzt. Das Kind wurde kriechend im Walde aufgefunden.

Typhus. Wie man der „H. Presse" aus Gießen mitteilt, ist in Braunfels in der Vorstadt St. Georgen der Typhus ausgebrochen. Die Krankheit ist von außerhalb eingeschleppt und habe mehrere Personen ergriffen, die in die Klinik nach Gießen gebracht wurden. Es sind sorgfältige Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Seuche getroffen worden.

Fast zwei Jahre unschuldig im Zuchthause. Am 1. Oktober 1906 wurde der verheiratete Fabrikarbeiter Ernst Klann aus Barmen vom Schwurgericht zu Elberfeld wegen Notzuchtverbrechens aus § 177 des Strafgesetzbuchs zu 5 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der bestimmten eidlichen Aussage des Mädchens, und Klann, der von Anfang an bis zum letzten Augenblick das Verbrechen bestritten hatte, wurde nach Siegburg ins Zuchthaus gebracht. Seine Frau und Kinder gerieten nun in Not, und ein Stück nach dem andern ihrer Habe wurde ihr aus dem Hause geschleppt und verkauft. Am letzten Sonnabend wurde Klann auf drahtliche Anweisung der Elberfelder Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt, denn es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß das Mädchen einen Meineid geschworen hat und Klann an dem Verbrechen völlig unschuldig ist. Am Montag fand sich Klann bei der Elberfelder Staatsanwaltschaft ein, um schleunigste Unterstützung und Entschädigung zu erbitten, da er völlig mittellos ist und nicht sofort Arbeit finden kann. Gegen das Mädchen ist das Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden.

Vom „großen Wilhelm". Wie der „Voss. Ztg." aus Bublitz gedrahtet wird, sollte dort das errichtete Kaiser Wilhelm-Denkmal am 28. d. M. enthüllt werden. Jetzt ist jedoch die Enthüllung untersagt worden, da die eingemeißelte Inschrift „Wilhelm I." beanstandet worden ist. Gewünscht wird die Inschrift „Wilhelm der Große."

Ueber eine Entgleisung des D-Zuges Köln-Berlin wird amtlich mitgeteilt, daß sich auf dem Bahnhof Bochum als verletzt 15 Personen gemeldet haben. Vom Arzt wurden zum größten Teil ganz leichte Verletzungen festgestellt. In vielen Fällen handelt es sich um Nervenchok. 14 Personen haben die Reise fortgesetzt, eine Person ist nach Köln zurückgefahren. Statt Abends um 9 Uhr 15 Minuten traf ein neugebildeter Zug, in den nur der Speisewagen des verunglückten Zuges eingestellt war, mit fast zweistündiger Verspätung in Berlin ein.

Die sittlichen Ungarn. Der ungarische Minister des Innern verbot den Vertrieb des in München erscheinenden „Simplicissimus" in Ungarn und ersuchte gleichzeitig den Handelsminister und den Finanzminister bei den Postämtern eine dementsprechende Verfügung zu treffen. — Die Ungarn sind nämlich viel zu sittenrein, um die derbe Kost des „Simplicissimus" verdauen zu können. Besonders die vaprizierten Satiren auf ihren kindischen Nationaldünkel verursachen ihnen Beschwerden.

Liebestragödie im Automobil. Gestern Nacht gegen 1 Uhr bestieg ein unbekanntes Liebespärchen ein Automobil in der Leipzigerstraße. Nach Lichterfelde-West, rief der junge Mann, und sofort fuhr der Wagen ab. Auf der Chaussee zwischen dem Botanischen Garten und dem Krankenhause Lichterfelde fielen plötzlich drei Schüsse. Der Führer hielt den Wagen sofort an und öffnete den Schlag. Das Coupee war mit Pulverdampf angefüllt, der junge Mann hatte zwei Schüsse auf das Mädchen abgegeben, einen in die Brust, den zweiten in die Schläfe; er selbst schoß sich dann in die Schläfe. Das Mädchen war bereits gestorben, der junge Mann gab noch schwache Lebenszeichen. Der Führer brachte das Pärchen nach dem Lichterfelder Krankenhause. Es handelt sich um den 23jährigen Lithographen Max Renner, der, wie er schreibt, eines schweren Nervenleidens wegen aus dem Leben scheiden und seine Braut, das Dienstmädchen Minna Torke, in den Tod mitnehmen wollte. Der junge Mann ist kurz nach seiner Einlieferung im Kreiskrankenhause gestorben.

Kleine Chronik. Im westfälischen Orte Ottmarsbocholt wurde eine Händlerin im Laden von einem Fürsorgezögling, der aus einem benachbarten Erziehungsheim entflohen war, überfallen und durch dreizehn Stiche in Rücken und Kopf tödlich verletzt. Der Mordbube, der es auf die Beraubung der Kasse abgesehen hatte, wurde in seinem Vorhaben gestört. Er ergriff die Flucht, konnte jedoch eingefangen und der Polizei überliefert werden. — Aus der Strafanstalt Siegburg entwichen zwei schwere Jungen, die fünf- und neunjährige Zuchthausstrafen wegen Geldschrankeinbrüchen zu verbüßen hatten. Sie waren mit Ausbesserungsarbeiten auf dem Dache beschäftigt und hatten sich vorher durch Einschleichen in die Speicherräume Zivilkleider verschafft. Von den beiden Verbrechern hat man noch keine Spur. — Bei böigem Winde segelten am Sonntag vier Männer in Graudenz auf der Weichsel. Plötzlich kenterte das Boot und alle vier fielen ins Wasser. Während sich zwei durch Schwimmen retteten, ertranken die anderen beiden. Der eine Ertrunkene hinterläßt eine Witwe mit fünf unversorgten Kindern. — Aus Gram über den liederlichen Lebenswandel ihres Ehemannes suchte die Frau des Buchhalters Meyer in Flensburg sich und ihre 3 Kinder im Alter von 6, 5 und 1 Jahr zu vergiften. Die Kinder sind tot, die Frau liegt schwer krank darnieder. — Schwere Gewitter und große Hagelschläge haben in zahlreichen Bezirken Ostgaliziens enormen Schaden angerichtet. Mehrere Personen wurden vom Blitz getötet. In Voritlaw wurde ein Kohöllschacht durch Blitzschlag in Brand gesetzt. In den Gemeinden Bonzhna auf Suchowola drang das Wasser mit großer Macht in das Schulgebäude, so daß die dort befindlichen Schüler nur unter Lebensgefahr aus den Gebäuden gerettet werden konnten.

lassen der Frage „Arbeitsruhe oder nicht" garnicht kommen werde, ja ich sehe darin gerade einen

Disziplinbruch.

(Zustimmung.) In Köln auf dem Gewerkschaftskongreß hatten wir einen Beschluß nicht gefaßt. Als Beschluß galt vielmehr, was Bömelburg als Ergebnis der Debatte verkündete: wir halten an dem Amsterdamer Beschluß auf Arbeitsruhe fest, wir wollen aber, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß sich die maßgebenden Körperschaften über die Maifeier einigen und daß dann auf dem internationalen Kongreß die Frage nicht nebenbei, sondern gründlich besprochen wird. Nachdem dann die deutsche Delegation in Stuttgart sich geeinigt hatte, erschien eine Erörterung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongreß selbst nicht notwendig. Angesichts dieser Tatsache erscheinen hier die Ausführungen gegen die Arbeitsruhe, wie wir sie heute gehört haben, geradezu als ein Mißtrauensvotum gegen die deutsche Delegation in Stuttgart. (Beifall.) Wir sind jetzt gebunden, wir und das internationale Proletariat. Beschließen Sie meinetwegen, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß noch ein deutscher Gewerkschaftskongreß wegen der Maifeierfrage einberufen werde. Aber jetzt können wir nichts anderes tun.

Nun zu der Vereinbarung! Es wird vielfach so dargestellt, als bringe sie eine Aenderung der bisherigen Zustände. Das ist nicht der Fall; nur geregelt und damit verbessert sind die Zustände worden. Die Unterstützung der Ausgesperrten aus den Zentralkassen wurde auch vorher vereinzelt gewährt, und ihre Gewährung ist an sehr bestimmte Kautelen geknüpft. Die Vereinbarung sagt nun mit keinem Wort, daß die Unterstützung aus dem Zentralverbande aufzuhören habe, nur ein Anspruch darauf wird nicht gewährt. Die Redewendung ist mit voller Absichtlichkeit gewählt, um die Einrichtung dort, wo die Zentralverbände sie schon haben, nicht zu durchbrechen. Die Vereinbarung verbietet auch durchaus nicht, die Unterstützung schon vor der zweiten Woche zu gewähren. Wir wollten eigentlich beschließen, daß aus den Zentralkassen Unterstützungen zu gewähren sind, der Gewerkschaftskongreß kann es nicht, die Generalkommission erst recht nicht. Es können nur die einzelnen Zentralverbände. Sorgen Sie doch in Ihren Organisationen dafür, daß es geschieht. (Heiterkeit.) Das beste wäre, die Anträge würden zurückgezogen, die nochmalige Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand wünschen. Es ist Zeit, daß in der Maifeierfrage Ruhe eintritt. Lassen Sie uns doch erst einmal versuchen, auf Grund dieser Vereinbarung zu arbeiten, damit endlich einmal ein fester Boden für die Maifeier gefunden wird. (Beifall.)

Ein

Schlußantrag

wird angenommen, nachdem drei vorhergehende Anträge abgelehnt worden sind. Zunächst wird die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand vom Kongreß mit allen gegen 2 Stimmen gutgeheißen, dann wird die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß mit dem Parteivorstand noch einmal über die Maifeier verhandeln soll über eine anderweitige Regelung der Unterstützungsfrage mit 178 gegen 101 Stimmen bejaht. Die gestellten Anträge werden hier als Material überwiesen. Der Antrag Fürth auf Beseitigung der Arbeitsruhe wird, weil es zur Kompetenz des Kongresses gehört, diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Letzter Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist der

Bericht des Zentral-Arbeitersekretariats.

Ihn erstattet Abg. **Robert Schmidt-Berlin:** Das Zentral-Arbeitersekretariat ist in einem ständigen Aufschwunge begriffen. Es hat das volle Vertrauen der ratsuchenden Arbeiter und der Gewerkschaftskartelle. Auch die Arbeitersekretariate entwickeln sich immer erfreulicher. Eine dringende Aufgabe für diese wertvolle Schöpfung der Arbeiterschaft ist die bessere Ausbildung der Arbeitersekretäre durch besondere Fachlehrer. Schwierigkeiten wird es nur auf den kleineren Sekretariaten machen, die Sekretäre auf vier Wochen vom Dienst zu befreien und vertreten zu lassen, aber diese Schwierigkeit ist nicht unüberwindlich. Die preußische Regierung, die sonst ja für praktische Sozialpolitik nichts übrig hat, hat auf Anregung des Abgeordneten- und Herrenhauses Subventionen für städtische Rechtsauskunftsstellen geschaffen. Uns lassen diese Auskunftsstellen sehr kalt; denn wir haben doch das Vertrauen der Arbeiter.

Die Arbeitersekretariate gewinnen durch ihre Tätigkeit wichtiges sozialpolitisches Material, wie es zum Beispiel der Genosse Linde-Königsberg jüngst über die Gründe des Kontraktbruches veröffentlicht hat. Dieses Material einheitlich zu bearbeiten, ist eine weitere dringende Aufgabe. Seit langem steht die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung. Unserer Ueberzeugung nach kann sie nur segensreich wirken, wenn man sich zu der Entschiedenheit aufschwingt, die Zersplitterung von Grund auf zu beseitigen und eine einheitliche Organisation der Versicherungen, einschließlich der Witwen- und Waisen-Versicherung, unter maßgebendem Einfluß der Arbeiter herbeizuführen. In dieser Beziehung haben uns die Vorschläge des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg vollständig enttäuscht. An einer Zuziehung der Arbeiter für Unfallversicherung liegt uns nichts. Sie bleibt ein wertloses Dekorationsstück wie in der Invalidenversicherung. Eine Reihe dieser Reformvorschläge bedeutet sogar eine schwere Schädigung erworbener Rechte der Arbeiter. Der Zugang zum Reichsversicherungsamt soll erschwert werden, um seiner Ueberlastung zu begegnen. Aber bei dem summarischen und formularmäßigen Verfahren der Schiedsgerichte legen wir den größten Wert darauf, daß den Arbeitern eine zweite Instanz offen bleibt. Im übrigen verlangen wir bei Unfall- und Invaliditätssachen die Zuziehung der Arbeiter zu den Rentenfestsetzungskommissionen.

Sehr bedenklich ist die Stellungnahme der Aerzte bei den Berufsgenossenschaften, die viel Unheil stiftet, weil die Aerzte sich einer Simulationsriecherei befleißigen, die sich nachträglich als ganz grundlos erweist. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Aerzte die dringende Mahnung richten, mit größter Vorsicht und Objektivität zu verfahren. Sehr großen Wert legen wir auf eine Erweiterung des Begriffs des Betriebsunfalles. Schwere Berufskrankheiten suchen die Arbeiter in der chemischen Industrie, im Bergbau und besonders in den Zinkhütten heim. Die Zinkhütten bieten vielfach ein Bild der Verwüstung und des Jammers, sie sind eine wahre Hölle für die Arbeiter. Diese armen Arbeiter sind jetzt nur auf das winzige Krankengeld angewiesen. Die Krankenkassen, gegen deren Selbstverwaltung sich fortwährend schwere Angriffe richten, sind ihren Aufgaben in immer wachsenderem Maße gerecht geworden, die Angriffe gegen sie sollen nur verdecken, wie geschickt intelligente Arbeiter die Verwaltung führen. Die Krankenkassen sind der wertvollste Teil unserer Versicherungsgesetzgebung. Sonst sind wir sehr weit von der Erfüllung der Forderungen entfernt, die wir immer wieder stellen müssen: daß der soziale Gesetzgeber die Verpflichtung einlösen muß, diejenigen, die für Industrie und Handwerk, Handel und Landwirtschaft ihre Kräfte und ihre Gesundheit einsetzen, vor allen Gefahren ihrer Tätigkeit zu schützen.

Die weiteren Verhandlungen werden sodann auf Mittwoch Vormittag vertagt.

* * *

3. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

C. B., Hamburg, 24 Juni 1908.

Um 8 Uhr eröffnet **Bömelburg** die Verhandlungen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist das Referat von **E. Deschs-Hamburg** über die

Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor Gerichte.

Redner führt aus: Die persönliche Vertretung der Rechtsuchenden vor Gericht lag ursprünglich nicht im Geschäftsplan der Arbeitersekretariate. Man glaubte, daß die Rechtsauskunft und die schriftliche Vertretung der Rechtsuchenden genügen werde. Man scheute bei der persönlichen Vertretung die hohen Kosten und Mühen. Aber schon die Gründung des Reichsarbeitersekretariats ging aus dem Bedürfnis hervor, den Rechtsuchenden vor dem Reichsversicherungsamt persönlich zu vertreten. Inzwischen hat das Reichsversicherungsamt nach Bödickers Abgang der Willkür der Berufsgenossenschaften Tor und Tür geöffnet. Die vielen neuen Spruchsenate fällen so verschiedene Urteile, daß der verletzte Arbeiter eine Beute des Zufalls oder seines Anfangsbuchstabens geworden ist. Das alte längst veraltete Handbuch für Unfallversicherung kann wegen der Verschiedenheit der Rechtsprechung nicht mehr herausgegeben werden. Eine Reihe von Schlagworten des Reichsversicherungsamtes so die von der „Vergangsrente", von der „Gewöhnung" z. B. an den Verlust des rechten Mittelfingers oder von der „Unverrechtlichkeit von Veränderungen bis zu 5 Proz.", die erlaubt, die Renten von 58⅓ auf 25 Proz. zu drücken, werden von den Berufsgenossenschaften fleißig ausgenutzt. Auch die Rechtsprechung der Schiedsgerichte bei der Invalidenversicherung, leider der einzigen Spruchinstanz, hat sich seit der noch vom Grafen Posadowsky angeordneten „Revision" der Invalidenrenten sehr zu ungunsten der Arbeiter verändert. Mit der Rechtsprechung in Krankenversicherungskassensachen haben sich leider die Arbeitersekretariate bisher viel zu wenig beschäftigt. Namentlich die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte bei Streitigkeiten läßt infolge des häufigen Wechsels der Richter viel zu wünschen übrig. Nur selten wissen die Gerichte, daß den Anmeldungen des Arbeitgebers über die Lohnhöhe oder die Erkrankung in der Arbeit keine konstitutive, sondern nur formale Bedeutung haben. In allen diesen Fragen ist sachgemäße persönliche Vertretung der Rechtsuchenden wünschenswert. Eben so in der gewerblichen Rechtsprechung. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte ist durchaus nicht einwandsfrei. Sie sollten doch einer sozialen Rechtsprechung und Gesetzgebung vorarbeiten. Statt dessen aber vernachlässigen sie die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß, was nicht pfändbar ist, auch nicht aufgerechnet werden kann, oder verweisen die Arbeitgeber, die nicht aufrechnen können, auf ein nicht bestehendes Zurückbehaltungsrecht. Ein besonders schwieriges Arbeitsgebiet für die Sekretäre wird die Vertretung der Rechte der Dienstboten sein. Die Verschiedenheit der Gesindeordnungen und ihr mittelalterlicher Charakter erhöhen hier die Größe unserer Aufgabe, aber auch die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung. Dazu kommt, daß die neue Zivilprozeßnovelle den Anwaltsprozeß bedeutend einschränkt und dem Amtsgerichtsprozeß ein weites Feld öffnet. Als letztes wichtiges Gebiet der Rechtsprechung, das noch nicht von uns bearbeitet wird und das doch sehr bedeutungsvoll ist, nenne ich die Arbeitsordnungen, die vielfach unsittliche Bestimmungen enthalten. Leider sind nun die Arbeitersekretäre nur an 9 von 98 Orten bei allen Schieds-, Kaufmanns- und Gewerbegerichten zur mündlichen Verhandlung zugelassen. Selbst an den Schiedsgerichten sind 6 Arbeitersekretariate nicht zugelassen, nämlich Aachen, Dortmund, Essen, Hochheide, Königsberg und Stettin. Aber selbst da, wo die Arbeiter-Sekretäre unbeschränkt zugelassen sind, dürfen sie nicht zu oft kommen, weil sie stets ein Verbot riskieren. Um die Rechte der Versicherten und der Arbeitnehmer aber wirksam zu vertreten, müßten wir den Herren vom Gewerbegericht und Schiedsgericht manchmal recht unangenehm werden. (Sehr wahr!) Deshalb gebrauchen wir dringend die erste gesetzliche Grundlage für Vertretungs- und Vertragsrecht der Arbeitersekretäre. Wir wollen nicht den Winkelkonsulenten und Inkassobureaus, die oft in schamlosester Weise einen Schuldner verfolgen, die Bahn öffnen, aber wir verlangen eine positive Bestimmung zu Gunsten der Vertretungsbefugnis der Arbeitersekretäre. Damit würden wir einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt machen. (Lebh. Beifall.)

Der Referent legt folgende **Resolution** vor:

„Nach den Bestimmungen des § 10, Abs. 2 der Verordnung betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes — der auch für das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten gilt — und des § 157 der Zivilprozeßordnung sind die Gerichte befugt, Bevollmächtigte, die das Verhandeln vor den Gerichten geschäftsmäßig betreiben, zurückzuweisen. Diese Bestimmung wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den in Betracht kommenden Gerichten dazu benutzt, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre als Vertreter Rechtsuchender in der mündlichen Verhandlung nicht oder nur ausnahmsweise zuzulassen.

In der Erwägung:

daß dem auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Jahr zu Jahr schärfer hervortretenden Bestreben der Berufsgenossenschaften, die Renten der durch Unfall Verletzten immer mehr herabzudrücken bezw. sie ihnen zu entziehen, schon in der ersten Spruchinstanz — dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung — wirksam entgegengetreten werden muß;

daß nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die einzige Spruchinstanz zur Würdigung der Unterlagen für die Gewährung der Invaliden- bezw. Altersrenten bilden;

daß bei den Streitsachen aus der Krankenversicherung eine Vertretung der Versicherten vor den Amts- bezw. Verwaltungsgerichten in Rücksicht auf die Kompliziertheit des in Betracht kommenden formellen und materiellen Rechts geradezu geboten erscheint;

daß von den Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte viele das dem Arbeiterrecht zugrunde liegende soziale Empfinden völlig vermissen lassen und weil die Arbeiterklasse um die Anerkennung und Durchsetzung eines vom sozialen Geist getragenen Rechts noch täglich kämpfen muß;

daß wir in Deutschland noch einer einheitlichen Regelung des Gesinderechts ermangeln, und die auf dem Gebiet herrschende Rückständigkeit, sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften — Preußens älteste Gesindeordnung stammt aus dem Jahr 1732 — wie auch hinsichtlich der Auffassung der Sachlage ebenfalls eine sachkundige Vertretung vor den in Betracht kommenden Gerichten notwendig macht;

„daß die in Frage kommenden Rechtsuchenden fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genug besitzen, um auf allen diesen Gebieten ihre Interessen hinreichend wahren zu können, während die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstherrschaften usw. in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahrnehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbegerichtsgesetz, wonach Rechtsanwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäftsführer durch Vorbildung und öfteres Verhandeln vor den Gewerbe- bezw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnis des formalen Rechts ohnedies im Vorteil sind;

fordert der Kongreß von den gesetzgebenden Körperschaften die Vorlegung und Verabschiedung eines Gesetzentwurfs, nach dessen Bestimmungen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, unbeschadet der Einzangs aufgeführten Bestimmungen, zur Vertretung Rechtsuchender bei den Gerichten zugelassen werden müssen."

In der Diskussion bestätigt

Bauer-Berlin (Bureauarbeiter) die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung der Versicherten vor den Gewerbe- und Schiedsgerichten. Vor dem Gewerbegericht herrsche der Parteiprozeß, der auf den Vortrag der Parteien und ihre Gewandtheit gegründet sei. Vor den Schiedsgerichten sei jetzt das Offizialverfahren vorgeschrieben, aber sehr oft trügen Referent und Vorsitzender die wichtigsten Entlastungsgründe nicht vor. Schon die bloße Anwesenheit eines Arbeitersekretärs hilft oft dem Arbeiter zu seinem Rechte.

Bürger-Hamburg (Staatsarbeiter) betont gleichfalls die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung.

Wissel-Lübeck: Die Tätigkeit des Reichsarbeitersekretärs ist allen Lobes wert. Auf der Konferenz der Arbeitersekretäre am letzten Sonntag ist nicht die geringste Kritik an seiner Tätigkeit geübt worden. Die Rechtsprechung der Sozialgerichte verdient oft scharfen Tadel. Die öffentliche Aussprache dieser Mängel kann nur erzieherisch wirken. Zur persönlichen Vertretung der Arbeiter sollten allen Arbeitersekretären die nötigen oft nicht geringen Mittel zur Verfügung stehen. Die Anwesenheit der Arbeitersekretäre ist dringend notwendig, um die zahllosen Nachlässigkeiten des Verfahrens besonders in Unfallsachen zu verhüten. Werden uns doch bei Bruchleiden die Urteile mit gedruckten Gründen zugestellt. (Hört, hört!)

Körsten-Berlin: Unsere Agitation auf Zulassung bei den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten haben sich die Rechtsanwälte zunutze gemacht. Stadtrat Flesch und Professor Schaut sind für ihre nachträgliche Zulassung eingetreten. Diese Zulassung aber würde das Ende des bisherigen Sondergerichtsverfahrens bedeuten. Legen auch wir deshalb in vorsichtiger Beschränkung mehr Wert auf unsere Beisitzer als auf diese Vertretung. Gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz und den § 894 B. G.-B. wird seitens der Unternehmer Sturm gelaufen. Mit Hilfe des Diebstahlsbegriffes, den man zieht und dreht, schmuggelt man die Aufrechnung wieder in die Rechtsprechung ein. Ohne Gesetz oder Kommentar habe man den beschlagnahmefreien Lohn von 1500 Mk. jährlich in einen Wochenlohn von 28 84 Mk. verwandelt und beschlagnahmt nun ruhig darauf los. Sehen wir zu, daß nicht, was wir mühsam erkämpfen, den Unternehmern durch eine ungerechte Rechtsprechung zurückgegeben wird. (Beifall.)

Bauer-Berlin stellt in Uebereinstimmung mit dem Referenten fest, daß dieser nicht etwa den Krankenkassen habe vorwerfen wollen, daß sie ebenso bureaukratisch oder arbeiterfeindlich seien, wie die anderen Versicherungszweige. Bei den Streitigkeiten der Krankenkassen, die gewöhnlich rasch durch persönliche Rücksprache erledigt wurden, handle es sich meist um abweichende Rechtsauffassung oder Unkenntnis der kleinen zersplitterten Krankenkassen.

Fritsch-Liegnitz klagt lebhaft über die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften. In Liegnitz habe ein Vertrauensarzt einen Arbeiter nach einem Baumunfall für einen Simulanten erklärt, der zwei Tage nachher in das Irrenhaus gebracht werden mußte und innerhalb weniger Wochen starb.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlußwort tritt der Referent

Lesche den Ausführungen Körstens entgegen. Man sollte doch vor den Rechtsanwälten nicht solche Angst haben. Die Frage der Zulassung der Arbeitersekretäre und der Rechtsanwälte hat so gar nichts mit einander zu tun. Aber selbst bei diesem Tausch würden die Arbeiter noch ein gutes Geschäft machen. (Zustimmung.)

Die Resolution Lesche wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Berichterstattung der Generalkommission und des Zentralarbeitersekretariats beendet. Es wird der Generalkommission und den ihr zugehörigen Institutionen einstimmig Entlastung erteilt und beschlossen, die Generalkommission um 2 Mitglieder (von 11 auf 13) zu verstärken.

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

„Ein zweites Breslau." Die vierte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" Johann Wust. Er hatte sich wegen Beleidigung des Bürgermeisters Schrecker und der Polizeibeamten von Hamborn — einem niederrheinischen Industrieort — zu verantworten.

Die Beleidigung wurde gefunden in einem in Nr. 208 des „Vorwärts" vom September 1907 veröffentlichten Artikel unter der Ueberschrift: „Ein zweites Breslau". Eines Tages erschien in Hamborn ein Agent und engagierte einige hundert Bergarbeiter nach Oschersleben, wobei er ihnen die Stellung eines Extrazuges versprach. Der Extrazug blieb aber, weil ihn der Agent nicht bezahlte, aus, und der zahlreichen abfahrtlustigen Bergarbeiter, die mit Frauen und Kindern auf dem Bahnhofe in Neumühl warteten, bemächtigte sich eine große Aufregung, die schließlich zu einem Konflikt mit der Polizei führte. In dem Artikel wurde das Vorgehen der Polizei gegen die Leute scharf getadelt. Die Polizei hätte ohne weiteres unter den Augen des Bürgermeisters die Säbel aus der Scheide gezogen und blindlings auf die Menge losgeschlagen, sodaß ein einziges großes Jammergeschrei die Luft erschütterte. Der Bürgermeister habe den Befehl zum Dreinschlagen gegeben, und diesem Befehle sei in der Weise Folge gegeben, daß einem Manne die Hand gespalten worden sei. Diese Vorgänge, so wurde ausgeführt, bilden ein neues Blatt in der Geschichte preußischer Polizeiattacken auf wehrlose Bürger.

Nach einer bis in den späten Nachmittag sich ausdehnenden Beweisaufnahme beantragte Erster Staatsanwalt Steinbrecht gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung, weil er den Wahrheitsbeweis für geführt erachtete und für den Angeklagten den Schutz des § 193 in Anspruch nahm.

Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis, da der Wahrheitsbeweis nicht in allen Punkten geführt sei. So wandert auch hier wieder der rücksichtslose Kritiker ins Gefängnis!

Arbeiterbewegung.

Metallarbeiterstreik in Mecklenburg. Die Arbeiter der Stahlwerke in Güstrow i. Meckl. (Inhaber: L. Martins) sind in den Streik getreten. Die Arbeitsniederlegung hat folgende Ursachen:

Zwischen der Firma und den Arbeitern bestand ein Tarifvertrag, der am 15. August abläuft und von beiden Seiten rechtzeitig gekündigt worden ist. Die Betriebsleitung gab als Kündigungsgrund an, daß sie aus Konkurrenzrücksichten gezwungen sei, die Akkordarbeit einzuführen. Bisher war dieselbe ausgeschlossen.

Wegen des Streitpunktes hätte sich nun eine Einigung wahrscheinlich erzielen lassen, wenn nicht der Unternehmer in mehr als eigentümlicher Weise der Einführung der Akkordarbeit vorgearbeitet hätte. Er führte zunächst Prämien ein. Wenn ein Artikel in kürzerer Zeit als bisher fertiggestellt wurde, bekam der betreffende Arbeiter zum Lohn eine Extra-Vergütung. Hierdurch sollten die Kollegen zu außerordentlichen Leistungen angespornt und auf dieser Basis die Akkordpreise festgesetzt werden. Es wurde ein neuer Meister eingestellt, der eine Treiberei einzuführen begann, wie sie früher in diesem Betriebe nicht bekannt war. In der Behandlung der Leute war der neue Herr saugrob und unanständig. Für Fehlguß wurden Strafen bis zu 4 Mark verhängt, auch in Fällen, wo den Formern ein Verschulden nicht nachzuweisen war. Die Entlassung mehrerer Kollegen, die „zufällig" immer Mitglieder des Arbeiterausschusses oder der Verwaltung einer der beiden in Betracht kommenden Organisationen waren, schlugen dem Faß den Boden aus. Als am 17. d. Mts. wieder ein solcher Fall eintrat, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Verhandlungen zwischen Vertretern der Organisationen und Herrn Martins zerschlugen sich. Der Unternehmer fühlte sich im Recht. Aber er war es, der durch die Einführung der Prämien vor Ablauf der Vertragsdauer den Tarif gebrochen hat. Die Arbeitseinstellung erfolgte von den 120 im Betrieb Beschäftigten einmütig.

Die Beteiligten sind alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband oder im Fabrikarbeiter-Verband organisiert. — Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen ist von Güstrow strengstens fernzuhalten!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Juni.

Geschichtskalender.

26. Juni.

1856 Max Stirner, Philosoph und Anarchist (der Einzige) †.
1905 Dr. Max Hirsch (Freisinniger Politiker, Mitbegründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine), †.

Der sozialistische Staat.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Schlesische Volkszeitung" eine Zuschrift aus Berlin, die wert ist, auch unseren Lesern mitgeteilt zu werden. Es geht aus ihr hervor, wie ein Mann, der weit davon entfernt ist, Sozialdemokrat zu sein, der sicher in die Werke von Marx, Engels, Liebknecht, Bebel, Kautsky usw. nie tiefer eingedrungen ist, sie wahrscheinlich überhaupt nicht gelesen hat, der aber die Welt mit offenen Augen ansieht, sehr deutlich erkennt, daß unsere wirtschaftliche Entwickelung notwendig zum Sozialismus führen muß. Die Zuschrift lautet:

„Die wirtschaftliche Krisis macht sich in Berlin am lebhaftesten im kaufmännischen Gewerbe, speziell im Detailgeschäft, geltend. Kaufläden, welche Jahrzehnte in derselben Hand gewesen sind, wechseln oft alle paar Monate ihre Besitzer. Selbst in guten Geschäftsstraßen, zum Beispiel der Potsdamerstraße, der Hauptverkehrsader des Westens, ist das nicht anders. Wer früher in der Potsdamerstraße einen großen Geschäftsladen mietete, gedachte dort auch reich zu werden und recht lange zu bleiben. Jetzt ist die Straße zu einem förmlichen Taubenschlage geworden. Ist irgendwo ein neues Geschäft mit viel Lärm eröffnet, so kann man mit Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß schon nach einem Vierteljahre vor den leeren Räumen ein Plakat angebracht ist: „Sofort zu vermieten." Wenn man die Leute fragt, so antworten sie einstimmig, es gebe keine Möglichkeit mehr, in Berlin mit einem Detailgeschäft etwas zu verdienen. Es gibt auch Kaufleute, die in ihrem Geschäft sehr reich geworden sind, aber sie erklären, daß dasselbe jetzt fast nichts mehr einbringe.

Der Inhaber eines Spielwarengeschäftes, der sein Schäfchen ins Trockene gebracht hat, sagte mir, er führe das Geschäft nur so lange weiter, bis sein Mietskontrakt abgelaufen sei. Auch in einem anderen Hause oder einer anderen Straße würde er nichts verdienen, weil die Warenhäuser die gesamte Kundschaft an sich gerissen hätten. Genau dasselbe sagen Kaufleute aller Branchen.

Man male sich die Folgen aus, wenn das so weiter geht und ein Ende der Entwickelung ist wirklich nicht abzusehen. Geht es so weiter, dann wird es in Berlin in der Hauptsache zuletzt nur mehr drei Kaufleute geben, nämlich Wertheim, Jandorf und Tietz. Es ist aber klar, daß in diesem Falle der sozialistische Staat en marche sein würde. Wer etwas politisches und volkswirtschaftliches Verständnis hat, sieht ein, daß der Staat es nicht dulden könnte, wenn der ganze Berliner Handel von drei Kaufleuten monopolisiert würde: denn dieses Kleeblatt müßte viel mächtiger werden, als die Staatsgewalt; auf die Dauer aber auch reicher, als der Staat. Jeder vernünftige Staatsmann würde sich sagen, daß ein solcher Riesenverdienst der Allgemeinheit zugute kommen müßte, statt drei Menschen zu Multi-Milliardären zu machen. Es würde also ein Gesetz kommen über die Verstaatlichung des Handels. Wird der kaufmännische Betrieb verstaatlicht, so avanzieren natürlich alle Buchhalter, Kommis und Ladenfräulein zu Staatsbeamten. Wer praktische Politik versteht, sieht ein, daß sich so etwas nicht auf einmal machen läßt; darum ist es ein echt sozialdemokratisches Hirngespinst, wenn man es für möglich hält, von heute auf morgen den sozialistischen Staat durch- und einzuführen. (Solche Hirngespinste werden ja aber nicht von Sozialdemokraten, sondern von unseren Gegnern über die Sozialdemokratie gesponnen. Red. d. „Volksw.") Es ließe sich aber wohl machen, wenn inzwischen die drei obengenannten Warenhäuser Wertheim, Jandorf und Tietz den ganzen Berliner Handel monopolisiert hätten. Denn dann gäbe es ja keine selbständigen Kaufleute mehr, die bisherigen Berliner Kaufleute wären — so weit sie sich nicht als Rentner vom Geschäft zurückgezogen hätten — längst genötigt gewesen, sich als Buchhalter, Rayonchefs, Verkäufer oder Reisende in den Dienst von Wertheim, Tietz und Jandorf zu stellen. Es gäbe also nur noch drei große Handelsbetriebe in Berlin und diese zu verstaatlichen, wäre sehr leicht; sie brauchten dann nur zu einem einzigen zusammengeschmolzen zu werden.

Nun muß man sich aber klar machen, daß mit einer Verstaatlichung des Handels der sozialistische Staat in der Hauptsache fertig wäre. Stellen wir uns einmal vor, der kaufmännische Betrieb in Deutschland wäre verstaatlicht. Das hätte die ungeheuer wichtige Folge, daß der Staat hinfort der einzige Käufer wäre. Jeder Fabrikant, dem der Staat nichts abkaufen wollte, könnte sofort die Bude zumachen. Der einzige Käufer ist allmächtig, die ganze Industrie liegt vor ihm auf den Knien. Warum soll er die Fabrikanten überhaupt noch verdienen lassen? Es wird ihm gewiß der Gedanke kommen, die ganze Industrie auch zu verstaatlichen, ebenso die Bergwerke. (Die Bergwerke sind ebenso wie das gesamte Verkehrswesen schon längst für die Verstaatlichung reif, was außer den Interessenten kaum noch von jemandem ernstlich bestritten werden kann. Red. d. „Volksw.") Dazu bedürfte es nicht einmal eines Gesetzes, denn wer wird fabrizieren, wenn er nicht verkaufen kann? Also der Staat sagt: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." Er übernimmt die ganze Industrie und wird Alleinproduzent und Alleinverkäufer.

Fehlt noch die Landwirtschaft. Auch sie muß auf die Knie. Dank des Handelsmonopoles des Staates kann der Landwirt sein Getreide und Vieh nur an diesen verkaufen, der ihm die Preise nach seinem Gutdünken festsetzt. Einen Vorgeschmack davon haben schon die Farmer von Minnesota und Dakota, die ihr Getreide an die großen Bahngesellschaften verkaufen oder es selbst behalten müssen. Theoretisch haben sie ja auch das Recht, es nach Chicago oder sonstwohin zu verkaufen, aber wenn sie es dorthin verladen lassen, fordert die Bahn mehr Fracht, als das ganze Getreide wert ist. Sie fügen sich also dem Ukas der Bahnmagnaten und bringen die Ernte zum nächsten Elevator an der Bahn, wo sie keinen Preis sagen dürfen, sondern sich mit dem Gelde begnügen müssen, das die Bahn ihnen in ihrer Gnade gibt. Ebenso abhängig würde die Landwirtschaft vom Staate werden, wenn dieser durch Verstaatlichung des kaufmännischen Betriebes das Handelsmonopol erlangt hätte.

Schon oft haben mich gebildete und ungebildete Leute gefragt, wie wohl das sozialistische Experiment ausgeführt werden würde, und von allen hörte ich die Klage, daß es ihnen unmöglich sei, sich darüber irgend eine Vorstellung zu machen. Die ganz Naiven dachten, die Sozialdemokraten schlügen alle reichen Leute tot und teilten sich dann ihr Geld. So etwas ist ja nicht zu besorgen, selbst dann nicht, wenn die Herren für solche Gewaltmittel irgend welche Neigung verspüren sollten. An den Armeen unserer Tage, mit ihren furchtbaren Geschützen und kleinkalibrigen Gewehren, beißt sich jede Revolution die Zähne aus. Als man mit Vorderladern schoß und Barrikaden baute, da ließ sich die Staatsgewalt durch eine „Volkserhebung" stürzen; heute kann man das nicht mehr machen. Wenn der sozialistische Staat kommt, so werden nicht sozialdemokratische Demonstrationen ihn heraufführen, sondern er wird sich allmählich gestalten und — was besonders hervorzuheben ist — auf gesetzlichem Wege. Und er kommt allmählich und schrittweise. (!) Die erste Etappe ist der Zusammenbruch des Mittelstandes, die Vernichtung aller bescheidenen selbständigen Existenzen.

Die zweite Etappe ist die Zusammenballung der Riesenvermögen und die Aufsaugung der kleineren Geschäfte durch Riesenunternehmungen, sei es durch einzelne Firmen oder durch Trusts, Syndikate, Monopole und Korporationen (Aktiengesellschaften) — eine Gefahr, gegen die der weitsichtige Präsident Roosevelt bisher so kräftig gekämpft hat. Ist es soweit gekommen, dann folgt der dritte entscheidende Schritt: die Verstaatlichung der Riesenunternehmungen. Damit mag der notleidenden Masse auch wohl gedient sein, es wird schließlich als das einzige Aushilfsmittel erscheinen aber es ist auch zu bedenken, daß dann jede Selbständigkeit, jede persönliche Freiheit aufhört. Nicht nur jeder Kommis, sondern auch jeder Arbeiter wird dann Staatsangestellter werden und damit die Maschine ihren Gang geht, wird eine eiserne Disziplin notwendig sein. Es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, daß dann der Staat „ein großes Zuchthaus" wird. Summa Summarum: Wenn die wirtschaftliche Entwickelung so weiter geht, muß in absehbarer Zeit der sozialistische Staat kommen; er wird nach dem bekannten Worte „Brot für alle Menschenkinder" besorgen, aber es wird nicht vergnüglich in ihm zu leben sein.

Natürlich will ich aber mit der Darlegung dieser unerfreulichen Aussichten nicht sagen, daß es unbedingt so kommen muß — denn wer könnte in die Zukunft blicken? — aber ich meine, daß es so kommen wird, wenn die Staatsgesetzgebung dem „Gehenlassen" huldigt, wenn sie gar keine Mittel ergreift, um dem Mittelstande zu helfen und den drohenden Zusammenbruch der selbständigen Existenzen abzuwehren. Es ist aber heute nicht bloß mehr der Mittelstand, der den Boden unter den Füßen schwinden sieht, sondern auch zahlreichen Geschäften, die man zu den „großen" rechnet, die zum Beispiel 20,000 Mark Ladenmiete und mehr zahlen, geht es nicht besser. Jedermann kann das nachprüfen, der im stillen sorgfältig recherchiert, nur ist dabei noch zu beachten, daß ein Kaufmann, der noch eben existieren kann, gerne prahlt, um seinen Kredit aufrecht zu erhalten. Tatsache ist, daß sehr viele große Geschäfte, deren Inhaber reich geworden sind, seit einigen Jahren nichts mehr einbringen. Die Leute arbeiten nur noch weiter, um günstig zu verkaufen, aber jeder Käufer fällt auch herein. So erklärt sich der starke Wechsel unter den Geschäftsinhabern. Wenn nichts dagegen geschieht, so müssen schließlich nur noch wenige Riesengeschäfte übrig bleiben und das Weitere kommt dann von selbst."

Die Hoffnungen, wonach die fortschreitende Zusammenballung großer Kapitalien und großer Betriebe durch gesetzgeberische Maßnahmen zu hindern, sind trügerisch. Alle bisher nach dieser Richtung unternommenen Versuche sind fehlgeschlagen. Die fortschreitende Entwickelung läßt sich eben durch papierne Gesetze nicht aufhalten. Auf diese Entwickelung aber bauen die Arbeiter ihre Hoffnungen. „Das große Zuchthaus" schreckt diejenigen nicht, die heut hungern und unfrei sind. Der Sozialismus aber wird nicht nur Brot für alle Menschenkinder schaffen, er wird ihnen allen auch die Freiheiten geben, die der Arbeiterklasse heut fehlen. Daß unsere Gegner, soweit sie nicht selbst vom Staate abhängig sind, doch nie den Zuchthausbegriff vom Staatsbegriff trennen können. Freilich gibt ja der Staat von heute täglich diesem Begriffe Nahrung. Der sozialdemokratische Staat aber wird ein anderer sein. Alle seine Einrichtungen sind ja vom Volkswillen abhängig und ein Volk wird sich doch nicht selbst in Ketten schlagen. Daß aber selbst so reaktionäre Blätter wie die ultramontane „Schlesische Volkszeitung", sich genötigt sehen, der Diskussion über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat Raum zu gewähren, beweist nur, daß unsere Lehren nicht Hirngespinste, sondern die natürlichen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwickelung sind, die auch von anderen schon begriffen werden.

---

* **Der Kampf um das Vereinsgesetz.** Wenn im Herbst der Reichstag zusammentritt, wird die sozialdemokratische Fraktion beantragen müssen, dem neuen Reichsvereinsgesetz noch folgenden Schlußpassus anzuhängen:

„Das Gesetz hat auch Giltigkeit für die Königliche Haupt- und Residenzstadt Breslau."

Nun weiß man allerdings, daß Schlesien zum Deutschen Reiche gehört und daß ein Reichsvereinsgesetz auch für diese Provinz gelten müßte. Wenn die Fraktion unserer Partei aber trotzdem den erwähnten Antrag stellen muß, so geschieht dies deshalb, weil in Schlesien nach wie vor trotz des neuen Gesetzes noch drei Vereinsgesetze existieren. Es wären dies z. B.:

1. Das Breslauer Vereinsgesetz,
2. Das Oswitzer Vereinsgesetz,
3. Das oberschlesische Vereinsgesetz.

Beschäftigen wir uns heute wieder einmal mit dem Breslauer Vereinsgesetz. Dasselbe besteht nicht in der Theorie, aber desto mehr in der Praxis. Dafür diene folgendes Beispiel:

Am vergangenen Freitag erschienen bei zwei Mitgliedern der freien Jugendorganisation Breslaus Schutzleute, die durchaus wissen wollten, ob die betreffenden jungen Leute noch der „freien Jugendorganisation" angehören. Weiter erkundigten sich die Hüter der Ordnung danach, ob die jungen Arbeiter noch zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet wären. Leider wurde den Polizisten in beiden Fällen Antwort erteilt. Sollten auch bei anderen Arbeitern noch derartige Erkundigungen eingezogen werden, so empfehlen wir, der Polizei die Antwort zu verweigern, niemand ist verpflichtet, darüber Auskunft zu geben. Was geht es die Polizei an, ob der junge Arbeiter einer Arbeiterjugendorganisation angehört oder nicht? Die Herren Dr. Bienko und Geßwein machen bereits seit Monaten gewaltige Anstrengungen, die erwähnte Organisation vom Kulturboden der abgehackten Hand hinwegzufegen. So wurden bald nach Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes sämtliche Vorstandsmitglieder der hiesigen Jugendorganisation polizeilich vorgeladen und befragt, ob der Verein politische Zwecke verfolge. Die Vorgeladenen verneinten sämtlich diese Frage. Es wurde Herrn Geßwein von allen Seiten gesagt: „Unsere Organisation verfolgt lediglich Bildungszwecke." Daß es in der Tat auch so ist, geht wohl am besten aus den Vorträgen hervor, die in der freien Jugendorganisation in der letzten Zeit gehalten wurden:

1. Wie baut man einen Vortrag auf?
2. und 3. Zwei Vorträge über den deutschen Bauernkrieg.
4. Ein Vortrag über Schiller, anschließend Rezitation.
5. Wie entsteht eine Zeitung?
6. Der Besuch eines Bergwerks.

Daß die Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der Ausbildung und der fachlichen Tüchtigkeit nicht hinderlich ist, ersehen wir daraus, daß der Vorsitzende des genannten Vereins am 1. April von der Fortbildungsschule eine Prämie erhielt, und daß die Prüfungsarbeiten und Gesellenstücke einiger Mitglieder ebenfalls ausgezeichnet wurden. Geht die Breslauer Polizei trotzdem weiter daran, mit allen Mitteln der Jugendorganisation hindernd in den Weg zu treten, so ist ihr Kampf nichts anderes als ein Kampf gegen die Bildung.

* **Neuregelung der Gehälter der Magistratsmitglieder.** Entsprechend einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung bei der Etatsberatung, eine Normierung der Gehälter der Magistratsmitglieder vorzunehmen, beantragt der Magistrat zunächst nur für diejenigen Mitglieder, deren Grundgehalt 6000 Mk. beträgt, das Besoldungsdienstalter vom 1. April desjenigen Jahres zu berechnen, welches auf das vollendete Jahr nach bestandener Assessorenprüfung folgt oder falls dies günstiger ist, von dem auf die Amtseinführung folgenden 1. April. Davon würden vier Mitglieder betroffen, nämlich die Herren Fredrich, Schmidt, Tobler und Hasse, deren Gehalt um je 700 Mk. steigen würde. Die allgemeine Neuregelung aller Gehälter soll erst bei einer Neuregelung der Beamtengehälter erfolgen.

* **Die gesicherte Existenz des Arbeiters.** Schon vor sechszehn Jahren beschäftigten wir uns mit dem Invaliditätsfalle des Maurers Oskar Schönfeld, der sich im Betriebe der Hoffmann'schen Waggonfabrik durch einen geringfügigen Unfall ein körperliches Uebel zugezogen hatte, das nach seiner Auffassung infolge einer unrichtigen ärztlichen Behandlung zu einem dauernden geworden ist und ihn so gut wie gänzlich erwerbsunfähig gemacht hat. Er hatte den Unfall nicht sofort gemeldet, da die Folgen sich nicht augenblicklich bemerkbar gemacht hatten, und als er später als ungeheilt aus dem Hospital entlassen wurde, konnte er nicht ausreichend beweisen, daß sein körperliches Uebel auf einen Unfall zurückzuführen war. Das war im Jahre 1891 und seit der Zeit dauert sein vergeblicher Kampf um eine Rente. Nicht weniger als 35 Schriftstücke der verschiedensten Gerichte und Behörden sind in dieser Zeit an ihn gelangt. Der Inhalt ist immer derselbe: „Abgewiesen". Siebzehn Jahre ist der Mann jetzt Invalide und außerstande seinem früheren Berufe nachzugehen und solange dauert bereits seine Not, ohne daß ihm von irgend einer Seite Hilfe zu teil geworden wäre. Da ihm jeder Rechtsweg verschlossen ist, kann er nur noch auf freiwillige Unterstützung sich verlassen.

* **Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft.** Ein gemeinsamer Besuch des „Schlesischen Museums für bildende Künste" am Museumsplatz findet am Sonntag, den 5. Juli, Vormittags pünktlich 11 Uhr statt. Da nur ein beschränkter Personenkreis daran teilnehmen kann, sind mündliche oder schriftliche Anmeldungen vorher an Genossen Löbe, Neue Graupenstraße 5, II., zu richten. Sammelort: Sammlung der Gipsabgüsse im Souterrain.

* **Die Liegnitzer Wahl — die „Breslauer Zeitungs"-Ente.** Der sozialdemokratische Parteivorstand macht folgendes bekannt:

„Die „Breslauer Zeitung" und nach ihr eine Reihe freisinniger Blätter behaupten, daß nach dem Landtagswahlkreise Liegnitz-Goldberg-Haynau von Berlin aus die Weisung ergangen sei, Fischbeck jedenfalls zu beseitigen. — Diese Behauptung des freisinnigen Blattes ist erlogen. Die Wahlmänner des Liegnitzer Landtagswahlkreises hatten nach den Beschlüssen der preußischen Landeskommission bei der Stichwahl zwischen dem Blockbruder Fischbeck und dem Blockbruder v. Forstner sich der Stimme zu enthalten. Dem Zentralwahlkomitee in Berlin wurde das disziplinwidrige Verhalten eines Teiles der Liegnitzer Wahlmänner erst nach der Wahl bekannt. Aus diesem Wahlkreise wurde vorher weder eine Anfrage nach Berlin gerichtet, noch ist aus Berlin eine Weisung ergangen. Das Zentralwahlkomitee hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Liegnitzer Vorfall beschäftigt und beschlossen, ihn entschieden zu rügen."

Vielleicht ist die „Bresl. Ztg." nun so freundlich, ihren Schwindel richtigzustellen.

* **Klagen über Wassermangel und geringen Wasserdruck** in den Leitungen der Ober- und Sandvorstadt hatten vor einigen Tagen durch die „Breslauer Morgenzeitung" ihren Weg in die Oeffentlichkeit gefunden. Die Verwaltung des städtischen Wasserwerkes gibt dazu folgende Aufklärung:

In letzter Zeit sind wiederholt Klagen der Grundstückseigentümer aus der Ober- und Sandvorstadt über Wassermangel laut geworden. Diese Klagen sind an sich berechtigt, doch läßt sich augenblicklich der Uebelstand nicht beseitigen. Die Ursache des Wassermangels rührt nämlich daher, daß der Wasserverbrauch der Ober- und Sandvorstadt in den letzten Jahren über alles Erwarten schnell gestiegen ist, während es der Verwaltung der Wasserwerke nach Lage der Verhältnisse durchaus unmöglich war, die Wasserzuführung dem gesteigerten Wasserverbrauch entsprechend zu gestalten. Die Wasserzuführung nach der Sand- und Odervorstadt erfolgt durch die auf den Oderbrücken liegenden Wasserrohre, die seinerzeit aus konstruktiven Rücksichten nur in bestimmter, jetzt unzureichender Weite verlegt werden konnten. Von einer Unterführung der Oder mit einem größeren Wasserrohre wurde im Hinblick auf den Bau der Kaiserbrücke, der bereits vor zehn Jahren projektiert war, dessen Ausführung sich aber leider ungemein lange verzögerte, Abstand genommen. Aus demselben Grunde, sowie durch den Tod des Direktors Steegmann vom Zoologischen Garten hatte sich auch das Projekt zerschlagen, vom Weidendamm aus auf einem Laufstege nach dem Zoologischen Garten größere Rohre über die Oder nach der Sandvorstadt und von da weiter nach der Odervorstadt zu führen.

Auf der neuen Kaiserbrücke werden nun zwei Stück 600 Millimeter weite Rohre verlegt werden, die von da ab bis zum neu zu bauenden Wasserturm der Nordvorstadt, dessen Standort jedoch noch nicht feststeht, weitergeführt werden sollen. Nach Fertigstellung der Brücke wird der Wassermangel in den beiden genannten Vorstädten vollständig behoben und nach dem Bau des Turmes werden auch dort die Druckverhältnisse in günstigem Sinne geregelt sein. Inzwischen strebt die Wasserwerksverwaltung eine Besserung der Verhältnisse dadurch an, daß verschiedene Rohrverbindungen zur besseren Umleitung des Wassers ausgeführt werden. Ferner wird der Wasserverbrauch für öffentliche Kanal- und Gartenzwecke nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Diese Maßregeln sind jedoch erst wirksam, wenn auch die Bürgerschaft die Verwaltung dadurch unterstützt, daß von Vormittags 7 bis Abends 6 Uhr die Besprengung der Gärten usw. vornehmlich an heißen Tagen, insbesondere am Mittwoch und Sonnabend, eingestellt wird.

Indem wir die letzten Ratschläge zur Befolgung empfehlen, können wir den Zweifel nicht unterdrücken, daß die

Hinausschiebung der Abhilfe bis zur Fertigstellung der Kaiserbrücke die betroffenen Stadtteile doch noch in bedenkliche Kalamitäten bringen kann. Besser wäre es, die Verwaltung richtete sich auch für die Zwischenzeit auf den Bedarf während längerer Hitzeperioden ein.

* **Meineid.** Das Breslauer Schwurgericht verhandelte gestern wider die frühere Restaurateurin Ida Jaschke und den stellungslosen Chemiker Lothar Berger wegen Meineides. Die Jaschke hatte mit ihrem Hauswirt auf der Kospothstraße einen Mietsvertrag geschlossen, in dem angegeben war, daß das in der Wohnung und den Restaurationsräumen befindliche Mobilar ihr Eigentum sei. Später konnte sie die Miete nicht bezahlen und es kam zu Klage und Pfändung. Gegen die letztere intervenierte Berger, ein Taugenichts, der sein Leben lang noch nicht gearbeitet hat. Er wies einen Kaufvertrag vor, der, nach dem Datum, das er trug bereits abgeschlossen sein sollte, bevor der Mietsvertrag geschlossen wurde. Beide beschworen die Richtigkeit des Datums auf dem Vertrage und bestritten unter ihrem Eide, daß es sich nur um einen fingierten Vertrag handle. In Wirklichkeit handelte es sich nur um einen Scheinverkauf der Möbel an Berger und der „Vertrag" war nur geschlossen worden, um die Pfändung zu hintertreiben. Das Urteil lautete auf je zwei Jahre Zuchthaus.

† **Straßenunfall.** Am 23. d. M. stieß auf der Universitätsbrücke ein städtischer Sprengwagen mit einem von einem Tapezierburschen geführten zweirädrigen Handwagen zusammen; letzterer kam dabei zu Fall und erlitt Verletzungen.

† **Vom Schlage getroffen** wurde am 23. d. M. eine hiesige Schifferfrau auf der Nikolaistraße, so daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

† **Ertrunken** ist am 20. d. M. beim Baden in der Oder ein aus Rattwitz, Kreis Ohlau, stammender 15jähriger Schlosserlehrling; die Leiche ist bis jetzt nicht gefunden worden.

† **Unfälle.** Am 23. d. M., Mittags 1½ Uhr, stürzte auf der Berlinerstraße ein Milchkutscher von seinem Wagen und wurde überfahren. Der schwer verletzte Mann wurde in einem Krankenwagen nach dem Allerheiligenhospital geschafft, wo er Nachmittags um 4 Uhr starb. — Am 23. d. M. wurde das zweijährige Kind eines Dienstmädchens aus Poinisch-Peterwitz bei Breslau schwer verbrüht in die Krankenanstalt Bethanien eingeliefert, wo es nach einigen Stunden starb.

† **Ueberfahren** wurden am 24. d. M. bei Hundsfeld von einer Droschke die 13jährige Tochter eines Weichenstellers, die bei dem Unfall einen Beinbruch erlitt. Die Schuld ist dem Kutscher zuzuschreiben, der davonfuhr, aber mit Automobil verfolgt und eingeholt wurde. Ferner wurde am Waterlooplatz durch einen Omnibus ein angetrunkener Arbeiter überfahren. Das Vorderrad des Wagens ging ihm über den Arm und die Schulter, sodaß er erhebliche Verletzungen erlitt. Den Wagenführer trifft keine Schuld an dem Unfall.

Aus Schlesien und Posen.

„Im deutschen Geist und Herzen sind wir eins!"

So sangen am letzten Sonntag an der Drei Kaiser-Ecke bei Myslowitz viele hunderte Sänger in „flammender Begeisterung" — wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenken dürfte, die spaltenlang von dem glänzenden Verlauf des 5. Oberschlesischen Arbeitersängerbundesfestes zu erzählen wissen. Da gab es Willkommens-, und Fest- und Weihereden und alle flossen über von tönenden Versicherungen, daß die Festteilnehmer echte deutsche Männer seien, daß sie treu zum deutschen Vaterlande, treu zu Kaiser und Reich, treu zur stolzen deutschen Fahne und treu zum herrlichen deutschen Volksliede halten würden. Daß alle diese klingenden Beteuerungen von den Festrednern wie von den Leitern und Führern der am Feste beteiligten Arbeitergesangvereine für ihren Teil sehr ernst gemeint waren, mag nicht bezweifelt werden. Diese Herren, meist Berg- und Hüttenbeamte aller Grade, sind gewiß waschechte Patrioten und wenn sie für sich ein solches Fest gefeiert hätten, würden wir angesichts der Achtung, die wir jeder ehrlichen Ueberzeugung zollen, kein Wort zu den überschwänglichen Berichten der bürgerlichen Presse Oberschlesiens zu sagen haben. Aber diese Herren sollen nach eben jenen Berichten doch nur Nebenpersonen darstellen, das Fest soll vielmehr als ein Fest der oberschlesischen Arbeiter gelten und diese sollen daher als die total begeisterten deutschen Patrioten erscheinen. Dagegen aber muß hier Protest erhoben werden, denn mit solchen Behauptungen täuscht man einfach die Oeffentlichkeit, täuscht sie absichtlich oder unabsichtlich in allergröblichster Weise.

Der oberschlesische Arbeitersängerbund ist nicht das Werk oberschlesischer Arbeiter, sondern ganz allein das ihrer „Herren". Diese haben durch ihre Steiger und anderen Beamten in Gruben und Hütten die Gründung der einzelnen Gesangvereine vorgenommen, haben sie zu einem Bund vereinigt, haben Fahnen gestiftet, bezahlen die Gesangsleiter usw. Ob dieser Bund wirklich 1500 Mitglieder hat, wie die Presse behauptet, ob die alle Arbeiter oder zum Teil nicht die Beamten selbst sind, die hier als „Arbeitersänger" gezählt werden, wissen wir nicht. Aber wenn auch die Zahl der wirklichen Arbeiter zehnfach so groß wäre, wie sie wirklich ist, so wissen wir doch, daß davon kaum ein einziger die deutsch-patriotischen Gefühle hegt, von denen er in „seinem" Verein singt und von welchen seine Herren auf den Bundesfesten so schön zu reden wissen. Denn alle diese Arbeiter sind ja gar keine Deutsche, sie sind ihrer Sprache, ihrer Abstammung nach allesamt Polen und sie wollen ihrer Gesinnung nach auch nichts anderes sein als Polen! Wenn sie trotzdem in jenen Gesangvereinen deutsche Lieder singen, wenn sie Hurra schreien zu deutsch-patriotischen Festreden, wenn sie im Festzuge hinter deutschen Fahnen herziehen, so tun sie das lediglich, weil sie dem wirtschaftlichen Drucke nachgeben, den ihre Herren auf sie ausüben, weil sie sich eben als abhängige Arbeiter fühlen, und für ihre Existenz fürchten, wenn sie anders täten, ganz gleich ob mit Recht oder Unrecht.

Muß es nicht geradezu komisch erscheinen, daß die großen Herren in Oberschlesien sich immer noch heiß bemühen, „ihre" Arbeiter als gute deutsche Patrioten erscheinen zu lassen? Wer in aller Welt glaubt denn noch an diese Komödie? Genügten nicht die Reichstagswahlen, so sollten doch die letzten Landtagswahlen, bei welchen die Arbeiter sogar bei der öffentlichen Abstimmung gegen die deutschen und für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, genügen, zu zeigen, daß die oberschlesischen Arbeiter, und zwar gerade die in der Montanindustrie, soweit sie nicht sozialdemokratisch sind, allesamt polnisch und nie und nimmer deutsch sind und sein wollen!

Auch an den Kaiser hat man namens der 1500 Arbeitermitglieder von der Dreikaiserreichsecke aus ein Huldigungstelegramm gesandt. Wenn Kaiser Wilhelm I. zufällig die wirkliche Gesinnung der oberschlesischen Arbeiter kennen sollte, könnte er aus diesem Telegramm wieder Anlaß zu der Klage nehmen, die er neulich bei anderer Gelegenheit ausgesprochen haben soll, der nämlich, wie schlecht er doch oft informiert werde.

Ohlau, 24. Juni. Rache ist süß. Bei der Landtagswahl haben auch Mitglieder des hiesigen Landwehrvereins erkannt, daß die Sozialdemokratie die ehrlichste Vertreterin der Arbeiterinteressen ist und demzufolge sich nicht gescheut, bei den Urwahlen für den sozialdemokratischen Wahlmann zu stimmen. Dieses Vergehen gegen die heilige und von Gott gewollte Ordnung kam dem Vorstande des Vereins zu Ohren und flugs wurde ein Femgericht abgehalten und beschlossen, die Uebeltäter aus dem Verein auszuschließen. Dieser Beschluß wurde den Schwerverbrechern durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt und hat folgenden Wortlaut:

Landwehr-Verein. Ohlau, den 17. Juni 1908.

Sie haben am 3. Juni d. J. anläßlich der Landtagswahl Ihre Stimme einem Sozialdemokraten gegeben.

Der Vorstand hat daher in seiner Sitzung vom 12. Juni c. beschlossen, Sie auf Grund des § 4a unserer Vereinssatzungen aus dem Vereine auszuschließen.

Der Vorstand.

Edler, Vorsitzender. Kulik, Schriftführer. Oskar Kretschmer, Kassenführer.

Hauptmann d. L. I.

An
den Kameraden (?)
Herrn .....

Da dieses Schriftstück mit vollem Datum versehen wurde, so ist es hoffentlich recht vielen Mitgliedern zugegangen. Uns kann es recht sein, denn ein aufgeklärter Arbeiter hat in hurrapatriotischen Vereinen, wo die Arbeiter doch nur bei Festen und Paraden als „gute Kamaraden" gelten, sonst aber über die Achsel angesehen werden, absolut gar nichts zu suchen. Hoffentlich ziehen aber diejenigen Arbeiter, die noch Mitglied im Verein von Vorstandsgnaden sein dürfen, die Konsequenzen und scheiden von selbst aus und lassen die Herren hübsch unter sich. — Terrorismus wird aber von dieser Sorte nicht geübt.

Liegnitz, 25. Juni. Selbstmord durch Erschießen. Vorgestern nachmittag erschoß sich auf seiner Besitzung der Dominialbesitzer Paul Schwartz auf dem Dominium Schönborn hiesigen Kreises. Schwartz stand in den dreißiger Jahren und war unverheiratet. Das Motiv der Tat sollen ungünstige Vermögensverhältnisse sein.

Kunzendorf, 24. Juni. Selbstmord auf dem Kirchhof. Der aus Greif gebürtige, zurzeit in Prinkenau wohnhafte Maurer Schmidt beging auf dem hiesigen Kirchhofe einen doppelten Selbstmordversuch. Zuerst knüpfte er sich mit einer Schnur vom Rucksack an einen Ast. Hierauf schoß er sich mit einem Revolver in die entblößte Brust. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Als Beweggrund zum Selbstmord wird die Differenz mit einem Kollegen angegeben, desgleichen, daß er bei seinen Eltern ruhen wollte.

Reichenbach, 25. Juni. Unglücksfall. Am Montag Abend wollte der Lehrling eines Fleischermeisters in der Niederstadt mit seinem zufällig vorübergehenden Vater vom Fenster der Werkstelle aus einige Worte wechseln. Zu diesem Zwecke stieg er auf einen Schemel. Hierbei glitt er aus und fiel auf ein in der Nähe stehendes Messer und verletzte sich schwer. Mittels Wagens wurde der Bedauernswerte alsbald in das Krankenhaus geschafft.

Neustadt OS., 23 Juni. Stadtverordnetensitzung. Zur Einhaltung des Fluchtlinienplanes in der Obervorstadtstraße werden 550 Quadratmeter Land zum Preise von 4 Mk. pro Quadratmeter angekauft. Für die außerordentliche Reinigung der Amtszimmer des Stadthauses wird der betreffende Etatstitel um 50 Mk. verstärkt. Mit der Erledigung einiger kleiner Vorlagen und der Annahme zweier Legate, u. a. 6000 Mk. für die städtische Badeanstalt, wurde die Sitzung geschlossen, nachdem vorher ein heftiger Zusammenstoß zwischen dem Bürgermeister und Stadtverordneten Hein wegen angeblicher Nichtberücksichtigung der hiesigen Lieferanten bei Vergebung von städtischen Arbeiten stattgefunden hatte.

Kattowitz, 24. Juni Ein Brandstifter verhaftet. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde gestern der Inhaber eines Konfektionsgeschäfts, Fritz Fink, verhaftet. Fink etablierte sich erst vor einem Jahr. Das Geschäft ging aber nicht. Um seinen Ruin aufzuhalten, kam der 22jährige Chef auf den Einfall, sich an der Feuerversicherungsgesellschaft schadlos zu halten und setzte sein Geschäftslokal in Brand. Der Wächter bemerkte gegen 2 Uhr nachts Feuer. Fink, der bis 12 Uhr im Laden beschäftigt gewesen war, versuchte den Verdacht auf Diebe zu lenken. Die Prüfung der Bücher führte zu seiner Verhaftung.

Kattowitz, 25. Juni. Schweres Explosionsunglück in Borsigwerk. Unter donnerähnlichem Krachen explodierte Mittwoch früh gegen 4 Uhr im Puddelwerk des Borsigwerks ein sogenannter Abhitzkessel, dessen Teile das Wellblechdach durchschlugen und Hunderte von Metern weit flogen. Der Luftdruck war so heftig, daß eine Unmenge Fensterscheiben selbst in weiter Entfernung zersprangen. Ein Stück des Kessels flog etwa 300 Meter nach der mechanischen Werkstatt, wo das Dach durchschlagen und die Arbeiter Macha und Remartzik nicht unbedeutend verletzt wurden. Ein anderes Stück nahm seinen Weg in einer Zickzacklinie und durchschlug ein Fenster mit solcher Wucht, daß das ganze Fenster herausgerissen wurde. Am schlimmsten war die Wirkung der Explosion natürlich am Unglücksorte selbst. Die ganze Umgebung des Kessels wurde demoliert. Nur wer die angerichteten Verwüstungen an Ort und Stelle gesehen hat, kann sich ein Bild machen von der ungeheueren Gewalt der Explosion, die leider zwei Opfer gefordert hat. Der erste Puddler Duda wurde sofort getötet. Seine Leiche ist gräßlich verstümmelt. Der Getötete ist verheiratet und Vater von 4 Kindern; er wohnte in Rudzinitz. Der 21 Jahre alte Arbeiter Foitzik wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege ins Zabrzer Knappschaftslazarett starb. Schwer verletzt wurde auch der Obermeister Niewidok, der Verletzungen am Kopfe und an Händen erlitt. Leichtere Verletzungen trugen davon der Arbeiter Kostka und ein anderer Arbeiter. Was die Ursache der Explosion gewesen ist, konnte nicht festgestellt werden. Wäre die Explosion eine halbe Stunde später erfolgt, dann hätte sie viel mehr Opfer gefordert, denn an der Unglücksstelle halten sich gewöhnlich viel Arbeiter auf. Feuerwehrleute bewachen die Unglücksstätte. Die Puddelei ist einstweilen eingestellt.

Beuthen, 25. Juni. Opfer des industriellen Schlachtfeldes. Auf dem Schwerinschacht der Florentinegrube wurden Dienstag durch herabstürzende Kohlenmassen zwei Mann erschlagen.

Krappitz, 23. Juni. Ein unglücklicher Sprung. Auf der Schleuse Krappitz war der 23jährige Arbeiter Witt beim Baden in unmittelbarer Nähe des Wehres in die Oder gesprungen, wobei er mit dem Kopfe auf einen Stein schlug und sofort tot blieb; die Leiche ist geborgen.

Antonienhütte, 24. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag früh beim Bau der katholischen Kirche. Beim Beginn der Schicht zogen Arbeiter einen mit Kalk gefüllten Eimer hinauf. Plötzlich riß das Seil, der Eimer fiel einem alten Arbeiter auf den Kopf und verletzte ihn derart, daß er bald darauf verstarb.

Bielschowitz, 24. Juni. Opfer der Petroleumkanne. Eine Arbeiterfrau zu Bielschowitz, welche am vergangenen Sonntag zum Feuermachen Petroleum verwendete, erlitt so schwere Brandwunden, daß sie wenige Stunden darauf starb.

Gleiwitz, 23. Juni. Kartell-Sitzung. Zunächst erstattete Genosse Fitzon den Kassenbericht vom 1. Quartal, wonach noch einige Mark Bestand fürs nächste Quartal blieben. Für den verstorbenen Genossen Siegmund werden 6 Mk. auf einen Kranz bewilligt; doch sollte der Vorsitzende befragt sein, auf Wunsch der Hinterbliebenen diesen Betrag auch in Bar zu übergeben. Hiernach wird ein Schreiben des hiesigen Arbeiter-Radfahrervereins verlesen, und vom Genossen Grünner begründet, in welchem der Radfahrerverein das Gewerkschaftskartell ersucht, eine Aussprache herbeizuführen, damit fernerhin bei Veranstaltungen des Vereins, wie auch der Gewerkschaften mehr solidarisches Handeln zu verzeichnen und Mißhelligkeiten, wie vorgekommen, vermieden werden. Der Vorsitzende, Genosse Stefanski, stimmte diesem Verlangen bei und steht zu erwarten, daß bei ferneren Arbeiterfesten stets die gesamte organisierte Arbeiterschaft sich zusammenfinden wird. Nach Verlesung einiger schriftlicher Eingänge erfolgte noch eine Besprechung über die im September erfolgenden Vertreterwahlen in den verschiedenen Krankenkassen. Unentschuldigt fehlten: Dachdecker Achteli und Mosler, Glasarbeiter Hertzin, Holzarbeiter Masurek, Maurer Minkus und Schmied Ploszitza, (alle das 3. Mal). Den betreffenden Gewerkschaften muß anheimgestellt werden, für diese Kollegen eventuell andere Delegierte zu entsenden, da mehr als 3 Mal kein Delegierter fehlen darf. Die Kollegen werden ersucht, ihre Vorstände darauf aufmerksam zu machen.

Neustadt OS., 25. Juni. Enteignung unter gesetzlichem Schutz! Wie seit zwei Jahren in den von dem letzten Hochwasser so furchtbar heimgesuchten Gemeinden Langenbrück und Wiese gräflich schon so mancher frühere Stellenbesitzer von seiner Scholle vertrieben worden ist, um die Regulierung des Goldbaches vorzunehmen, so war auch am Freitag der Tischler Ertelt in Wiese gräflich an der Reihe, auf sein Grundstück verzichten zu müssen und von demselben Abschied zu nehmen. Wegen der Entschädigungsfrage zerschlugen sich die Unterhandlungen mit Ertelt. Freiwillig wollte er jedoch, wie er sich äußerte, seine Besitzung nicht verlassen. Es erschienen deshalb am genannten Tage der Landrat, der Wasserbauinspektor und ein Gendarm, um von dem Grundstücke Besitz zu ergreifen. Der Gendarm brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, da Ertel es vorzog, der Gewalt zu weichen. — Die Erbitterung der kleinen Besitzer gegen die geringe Entschädigung ihrer Grundstücke ist groß, weil sie sich den Bauern gegenüber benachteiligt fühlen.

Königshütte, 23. Juni. Was einem in Oberschlesien alles passieren kann! Der Grubenarbeiter Friedrich Schneider von hier erhielt im Frühjahr eine Vorladung zu einem Termin vor dem Schöffengericht. Wie die Vorladung besagte, sollte gegen ihn wegen Diebstahls verhandelt werden. Schneider, ein nüchterner und besonnener Mann, der sich nicht des geringsten Vergehens bewußt war, begab sich zur Gerichtsschreiberei, um den Irrtum in der Person, denn ein solcher konnte nur vorliegen, aufzuklären. Doch schien man seinen Angaben hier keinen Glauben zu schenken, und als Sch. darauf dem Beamten erklärte, daß er am Terminstage Tagschicht habe und durch diese falsche Vorladung seinen Lohn einbüße, erhielt er die durchaus richtige Antwort: „Wenn sich herausstellen wird, daß Sie der Unrechte sind, dann wird Ihnen der Schaden ersetzt."

Völlig beruhigt ging der Mann zum Termin, ausgerüstet mit einer Bescheinigung der Grubenverwaltung, daß sein Durchschnittslohn 3 Mark (ganze 3 Mark. D. B.) pro Tag betrage. In der Verhandlung stellte sich auch sofort heraus, daß Sch. der Unrechte war. Aus Unkenntnis der Lage unterließ er es, den Antrag zu stellen, ihm die Versäumnisse zu ersetzen. Als er erst draußen war, machte er seinen Anspruch bei einem der Beamten geltend. Nach langem Hin und Her wurde ihm endlich der Rat erteilt, er möge den Antrag schriftlich stellen, dann wird die Angelegenheit sofort erledigt. Diesen Rat befolgte Schneider. Unter genauer Darlegung des Vorganges und unter Beilegung der Bescheinigung des Arbeitgebers stellte er den Antrag auf Entschädigung. Doch statt dieser erhielt er vom Amtsgericht folgenden Bescheid:

„Auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts werden Sie hiermit benachrichtigt, daß Ihnen eine Entschädigung nicht gewährt werden kann, da Sie als Angeklagter geladen waren. Sie hätten selbst den Irrtum in der Person durch ein Schreiben an das Gericht aufklären können, dann wäre Ihre Ladung rückgängig gemacht worden."

(Unterschrift unleserlich.)

So, nun weiß Sch. und auch alle, die es bisher nicht wußten, woran man ist! Wir sind anderer Meinung, als das Amtsgericht. Unseres Erachtens wäre die Gerichtsschreiberei, an die sich Sch. vor dem Termin wandte, verpflichtet gewesen, die Erklärungen Sch.'s zu Protokoll zu nehmen und dieses dem Richter zu unterbreiten. — Wir können den Arbeitern nur raten, in solchen Fällen die Arbeiter-Sekretariate, die an jedem Orte Sprechstunden haben, über die man sich in der „Volkswacht" und der „Gazeta Robotnicza" orientieren kann, sofort in Anspruch zu nehmen, damit sie vor materiellem Schaden bewahrt werden.

Posen, 24. Juni. Vom flüchtigen Rittmeister. Die Flucht des Rittmeisters des Arts von der 4. Eskadron der hiesigen Königsjäger soll nicht in dienstlichen Vergehen, sondern in sittlichen Verfehlungen mit Untergebenen ihren Grund haben. — Also ein neuer Mann der 17ber, wie viele werden noch folgen?

Posen, 25. Juni. Tödlicher Unfall. Mittwoch abend ereignete sich auf dem hiesigen Zentralbahnhofe ein tödlicher Unfall. Der 20jährige Rangierer Paul Köpp, in der Gneisenaustraße wohnhaft, geriet kurze Zeit nach dem Antreten seines Dienstes beim Rangieren eines Güterzuges zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde derart gequetscht, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Aus den Gerichtssälen.

Gegen die Disziplin.

Am 3. Juni fand auf dem Exerzierplatz in Neuhammer eine Uebung statt. Dabei handhabte der Gefreite König von der Musikkapelle des Grenadier-Regiments Nr. 11 den Schellenbaum nicht richtig. Die Kapellmeister Reindel und Horschler rügten und korrigierten die falsche Handhabung. Der Schellenbaumträger kam nun langsam den ihm erteilten Kommandos nach und soll mit „verschiedenen Redensarten" geantwortet haben. Vor dem Kriegsgericht gibt er an, daß er von der großen Hitze übermüdet gewesen sei und den Befehlen nicht nachkommen konnte, weil der Schellenbaum zu schwer sei. Außerdem habe ihm auch der Arm vor Wundsein vom Tragen des Instruments geschmerzt. Die Absicht, zu trotzen, hatte er nicht. Das Kriegsgericht erkannte auf zwei Monate eine Woche Gefängnis wegen Gehorsamsverweigerung, Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung. Es sei dem Manne auf ein wohl beabsichtigtes Erkennungsgeben des Ungehorsams und der Achtungsverletzung angekommen.

Ein Hauptmann wegen Soldatenmißhandlungen verurteilt.

Soldatenmißhandlungen eines Hauptmanns beschäftigten dieser Tage das Kriegsgericht in Meiningen. Angeklagt war der Hauptmann v. Boeltzig von der 8. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 32. Es wurden ihm dreizehn Fälle von Soldatenmißhandlungen zur Last gelegt. In sieben Fällen hat er seine Untergebenen mit dem blanken Degen bearbeitet, in den anderen fünf Fällen seine Soldaten mit der Faust ins Gesicht geschlagen, unter das Kinn gebort, sie bedroht und beleidigt. Ferner hat er nach der Anklage zu einem Untergebenen gesagt: „Schwein, ich nehme den Degen und ersteche Dich." In einem anderen Falle nannte er der Anklage zufolge einen Soldaten: „Schwarzes Biest". Zu der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, waren zwölf Zeugen geladen. Das Urteil lautete auf fünf Monate Festung. Als strafmildernd kam die Nervosität des Angeklagten in Betracht, die durch ein leichtes Herzleiden hervorgerufen sein soll. Hauptmann v. Boeltzig ist schon in seinen früheren Garnisonen wegen Soldatenmißhandlung mit Stubenarrest bestraft worden.